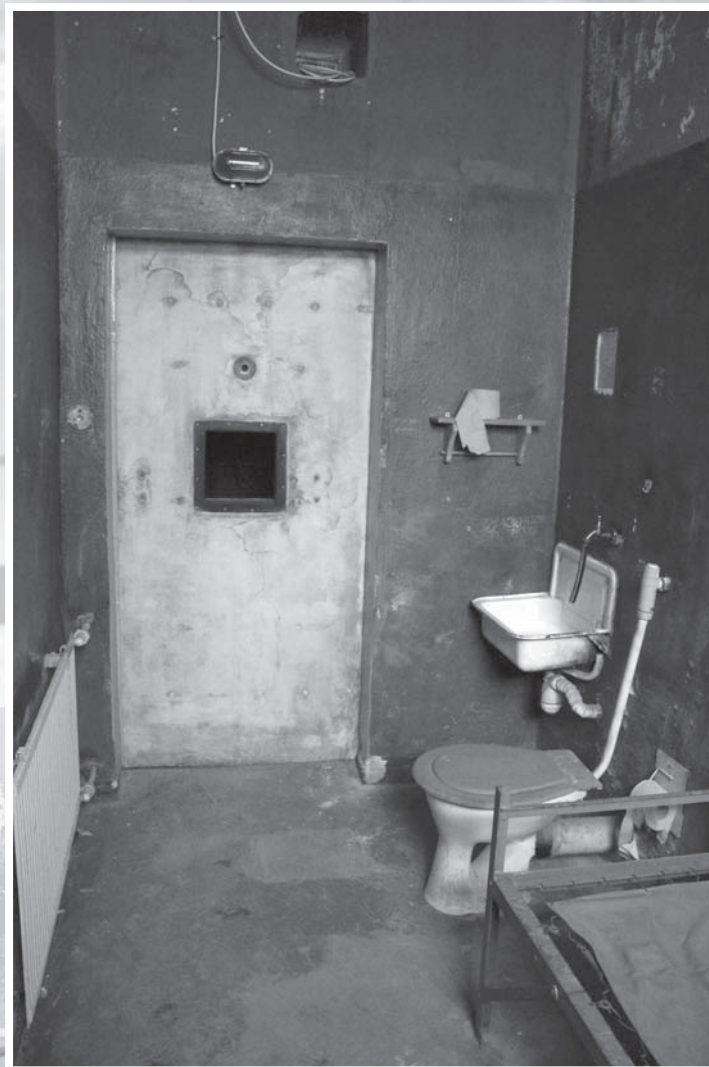


der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2020



Verfolgte Schüler

Geheime Augen und Ohren

Thomas Mann und Waldheim

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Härtefallfonds Sachsen
Erklärung zur Frage der Lenin-Statue in Gelsenkirchen
Neuer Leiter
„Freiheitslinie U5“ digital verlängert

Recht

- 4 Verfolgte Schüler
- 5 Verstörende Auskunft

Thema

- 7 SED-Regime als Vasall der Sowjetunion
- 9 Dokumentiert

Geschichte

- 10 Geheime Augen und Ohren
- 11 Thomas Mann und das Zuchthaus Waldheim

Berichte

- 12 Triumph über Stalin
- 13 Variables Stelensystem
- 14 Damit die Stimmen der Opfer nicht verhallen
Tag der Archive
Gutbetuchte Nachbarschaft
Kurios
Verdienstorden

Verbände

- 15 Tost-Fahrt verschoben
Ketschendorf
Spendenaufruf
- 16 Suchanzeige
Abschied

Service/Bücher

- 17 Archivare als Geheimpolizisten
Protest und Sprache in der DDR
- 18 Leipzig – ein Studentenroman

Umschlagbild

Zelle in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt (zwischen 1951 und 1990) Keibelstraße Berlin-Mitte. Im Februar 2019 wurde der „Lernort Keibelstraße“ eröffnet.

Foto: Christian Sachse, 2016

Editorial

Schicksale politisch verfolgter Frauen in der DDR aufklären

Unser ursprünglich für Anfang Mai geplanter Kongreß in Hoheneck „Nach 30 Jahren das Schweigen brechen“ hatte nicht nur die inhaftierten Frauen in Hoheneck im Blick, sondern wir wollten die gesamten Repressionsmaßnahmen aufarbeiten, unter denen politisch mißliebige Frauen in der DDR zu leiden hatten.

Wir, die wir unfreiwillig Opfer der SED-Diktatur wurden, wissen, was damit gemeint ist. Die Mehrzahl unserer Mitbürger, Politik und die öffentlichen Stellen wissen das nicht. Und man könnte fragen: Woher sollten sie es auch wissen? Denn öffentlich thematisiert wurde dies bisher nicht. Wer kann sich heute vorstellen, daß Ehefrauen von Republikflüchtigen auf der Arbeit diskriminiert und ausgeschlossen wurden, und wer kann sich heute vorstellen, daß Schülern gedroht wurde: Wenn du nicht in die FDJ eintrittst, bekommst du schlechtere Noten... Und viele Beispiele ließen sich anfügen.

Auch wenn wir alle die Gleichberechtigung von Frau und Mann praktizieren, bleibt es doch dabei, daß die Mutter die Mutter ist, die in der Familie eine besondere Stellung hat. Auch haben, zumindest nach meiner Erfahrung, Kinder zu den Müttern eine besondere Beziehung. Und

daß Frauen weniger klagen als wir Männer, das wissen die meisten von uns.

Darum haben wir uns die Aufgabe gestellt, ab sofort die besonderen Repressionen, unter denen politisch mißliebige Frauen in der DDR leiden mußten, zu thematisieren und transparent zu machen. Unabhängig von rechtlichen Maßnahmen, Rehabilitierungen und vielem mehr, die der Staat leisten kann, ist es mir auch persönlich ein Anliegen, daß jene Frauen, die unter Repressionen in der DDR leiden mußten, heute respektiert und auch gesellschaftlich rehabilitiert werden. Denn so richtig es ist, daß die Hauptschuld die SED und ihre willfährigen Organe tragen, so richtig ist es doch auch, daß viele – vielleicht viel zu viele – mitgemacht haben und den Betroffenen nicht zur Seite standen.

Über die Schicksale dieser Frauen aufzuklären, bleibt unser Anliegen, auch wenn der geplante Kongreß in Hoheneck aufgrund der derzeitigen Lage leider verschoben werden mußte.

Ich danke Ihnen und verbleibe mit besten Grüßen, vor allem, bleiben Sie gesund

Dieter Dombrowski

UOKG-Kongreß „Nach 30 Jahren das Schweigen brechen“:
Der neue Termin ist vom **23. bis 25. Oktober 2020.**

Härtefallfonds Sachsen

Anträge noch bis zum 30. Juni 2020 möglich

Seit letztem Jahr gibt es in Sachsen den Härtefallfonds für rehabilitierte politisch Verfolgte der Sowjetischen Besatzungszone und DDR, die in wirtschaftlicher Notlage sind. Antragsberechtigt sind jene Betroffene, die ihren Wohnsitz im Freistaat Sachsen haben, in der SBZ oder DDR politisch verfolgt wurden und nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen rehabilitiert worden sind. In einer besonderen Notsituation haben sie die Möglichkeit, einmalig eine Sachhilfe bis zu 5000 Euro zu erhalten. Dadurch sollen die bis heute anhaltenden Folgen politischer Repression gemindert und die soziale Teilhabe der Betroffenen verbessert werden. Die Beantragungsfrist endet am **30. Juni 2020**.

Folgende Sachhilfen werden durch den Härtefallfonds gefördert:

- a) Gesellschaftliche Integration: Maßnahmen, die nachhaltig die Integration in den Arbeitsmarkt fördern (Fortbildungen)
- b) Medizinische Hilfen zur Linderung von Gesundheitsschäden
- c) Schaffung und Erhalt selbstbestimmter Wohn- und Lebensmöglichkeiten: Umzug in eine behinderten- oder al-

tersgerechte Wohnung/Einbau einer entsprechenden Ausstattung

- d) Technische Hilfen im Alltag: Anschaffung von Geräten, die eine selbstständige Lebensführung unterstützen, insbesondere bei körperlichen Einschränkungen
- e) Kommunikationshilfen zur Verbesserung der sozialen Teilhabe: Anschaffung und Reparatur von Telefonen/ Computern
- f) Verbesserung der Mobilität: Anschaffung von Fahrrädern oder Fahrzeugen, mit denen die Selbstversorgung und das selbstbestimmte Leben nachhaltig aufrechterhalten und verbessert werden.

Das Antragsformular und die Richtlinie zum Fonds finden Sie auf der Homepage des Landesbeauftragten. Sie erreichen unsere Behörde weiterhin täglich unter der (03 51) 493 37 00 oder per E-Mail unter lasd@slt.sachsen.de. Schildern Sie bitte kurz Ihr Anliegen. Wir rufen Sie gern zurück oder senden Ihnen die nötigen Formulare zu.

Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Unterer Kreuzweg 1, 01097 Dresden Härtefall

Erklärung zur Frage der Lenin-Statue in Gelsenkirchen

(pegg) Am 3. April hat die Plattform für europäisches Gedächtnis und Gewissen ihre Besorgnis über die angekündigte Errichtung einer Statue von Wladimir I. Lenin in der deutschen Stadt Gelsenkirchen geäußert. Lenin schuf den sowjetischen totalitären Staat und tötete während seiner Regierungszeit Millionen. Seine Nachfolger und Anhänger, die an den Marxismus-Leninismus glaubten und glauben, sind für ein Vielfaches der Todesfälle verantwortlich. Noch heute werden Menschen im Namen dieser Ideologie getötet. Das Gedenken an Lenin im

öffentlichen Raum ist für alle Opfer des Kommunismus beleidigend und für ihre Angehörigen schmerzhaft.

Die Plattform lobte die Bemühungen der örtlichen Behörden von Gelsenkirchen, die Errichtung der Statue zu verhindern, und forderte die Bundesregierung auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um ein weiteres Gedenken an Massenmörder zu vermeiden. Sie appellierte auch an die Europäische Gemeinschaft, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Förderung totalitärer Ideologien zu stoppen.

Neuer Leiter

(saso) Die Leipziger Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen hat einen neuen Leiter. Der 37-jährige Stefan Walter habe die Stelle Mitte März kommissarisch angetreten, teilte der Bun-

desbeauftragte in Berlin mit. Walter leitete den Angaben zufolge seit Anfang 2017 die Außenstelle des Bundesbeauftragten im thüringischen Suhl. Er ist studierter Historiker und Politikwissenschaftler und hat bereits als Projektmanager der Geschichtswerkstatt Jena und als Redakteur der Jenaer Zeitschrift „Gerbergasse 18“ gearbeitet.

„Freiheitslinie U5“ digital verlängert

(bab) Nach fünf Monaten Laufzeit endete am 3. April die Ausstellung „Freiheitslinie U5. Nächster Halt Freiheit?“ – und wird seither im digitalen Raum fortgesetzt. Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte (BAB) Tom Sello forderte den Berliner Senat auf, die U5 dauerhaft als Freiheitslinie zu etablieren.

Seit November 2019 erkundeten Zehntausende Menschen gleichsam im Vorbeigehen bedeutende Momente und Orte aus mehr als 150 Jahren deutscher Demokratie- und Freiheitsgeschichte von 1848 bis 1989, wenn sie die U-Bahnhöfe der Linie 5 zwischen Alexanderplatz und Magdalenenstraße oder den Bauzaun vorm neuen U-Bahnhof am Roten Rathaus passierten. Ursprünglich für die Festivalwoche zum 30. Mauerfalljubiläum geplant, wurde die Schau aufgrund des großen Interesses mehrfach verlängert.

Die Ausstellung wurde abgebaut und ging zugleich digital in die Verlängerung. Auf der Internetseite www.freiheitslinieU5.de werden ausgewählte Bilder und Texte weiter zu sehen sein. Denn die historischen Ereignisse entlang der U-Bahnlinie haben kein Stück an Bedeutung verloren – vielmehr sollte die U5 dauerhaft als Freiheitslinie fortbestehen.

„Die temporäre Ausstellung ‚Freiheitslinie U5‘ präsentierte sich als niedrigschwelliges Angebot im Alltag. Das machte ihren Erfolg aus. Jetzt geht es darum, die U5 dauerhaft als Freiheitslinie zu etablieren. Berlin muß die Chance nutzen und mit seiner Geschichte für Demokratie werben“, sagte der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte.

„Freiheitslinie U5. Nächster Halt Freiheit?“ ist eine Ausstellung des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Kooperation mit Kulturprojekte Berlin sowie der BVG und realisiert von bergzwo und formdusche.

Änderung

Der BSV-Förderverein für Beratungen hat ab **28.5.2020** folgende neue Telefonnummer:

(030) 55 15 28 58

Fax entfällt bis auf weiteres.

E. Weise

Verfolgte Schüler

Am 29. November 2019 ist das Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für die Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR in Kraft getreten. Schon in Ausgabe 9/2019 wurden die Neuerungen durch den Verfasser vorgestellt. Wie zu erwarten war, sind bei den Betroffenen durch die Neuerungen eine Vielzahl von Fragen aufgekommen.

In diesem Artikel wird auf die „Verfolgten Schüler“ eingegangen. Diese können erstmals materielle Leistungen erhalten, mit der Folge, daß sich viele Betroffene in den Beratungsstellen melden, in der Erwartung, als Verfolgter Schüler zu gelten und als dieser anerkannt zu werden.

Wer ist eigentlich „Verfolgter Schüler“? Das Gesetz legt dies genau fest. § 3 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG) ist mit „Verfolgte Schüler“ überschrieben.

Der erste und entscheidende Absatz lautet wie folgt:

„Wer in dem in § 1 Abs. 1 genannten Zeitraum infolge einer Maßnahme nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3

1. nicht zu einer zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtung zugelassen wurde,
2. die Ausbildung an einer zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtung nicht fortsetzen konnte,
3. nicht zu einer Abschlußprüfung zur Erlangung der Hochschulreife,
4. nicht zur Ausbildung an einer Fach- oder Hochschule zugelassen wurde oder
5. die Ausbildung an einer anderen als einer zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtung nicht fortsetzen konnte, hat Anspruch auf Leistungen nach dem Zweiten und Dritten Abschnitt.“

Zum bestmöglichen Verständnis wird diese Regelung in der Folge Schritt für Schritt erläutert.

Mit „in dem in § 1 Abs. 1 genannten Zeitraum“ ist der Zeitraum vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 gemeint.

Die wichtigste Voraussetzung, um als „Verfolgter Schüler“ zu gelten, ist der Punkt: „infolge einer Maßnahme nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3“. Diese drei Maßnahmen sind

1. eine in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Beitrittsgebiet) zu Unrecht erlittene Freiheitsentziehung,
2. ein Gewahrsam nach § 25 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 oder 2 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes,
3. eine hoheitliche Maßnahme nach § 1 des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes.

Wenn nicht eine solche Maßnahme getroffen worden ist, kann keine Rehabilitierung als „Verfolgter Schüler“ erfolgen. So fallen Fälle, in denen Schüler/innen, weil sie etwa christlichen Glaubens waren und/oder nicht in der FDJ mitmarschieren wollten, von anderen Klassenkameraden oder den Lehrern gehänselt bzw. gemobbt worden sind, nicht unter eine der drei geschilderten Maßnahmen. Anders ist es aber, wenn aufgrund der genannten Beispiele der/die Schüler/in von der Schule entfernt wurde oder keine Zulassung zum Abitur bekommen hat.

„1. nicht zu einer zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtung zugelassen wurde“

Dies meint ganz einfach den Fall, daß man auf keine Schule durfte, auf der man hätte Abitur machen können.

„2. die Ausbildung an einer zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtung nicht fortsetzen konnte“

Hier wird der Fall benannt, daß man zwar schon auf einer Schule mit der Möglichkeit zum Abitur war, dieses aber nicht ablegen bzw. die Schule nicht weiter besuchen durfte.

„3. nicht zu einer Abschlußprüfung zur Erlangung der Hochschulreife“

In diesem Fall hat man zwar sämtliche Klassen durchlaufen, es wurde einem aber verwehrt, an den Abschlußprüfungen teilzunehmen.

„4. nicht zur Ausbildung an einer Fach- oder Hochschule zugelassen wurde“

Bei dieser spannenden Variante geht man davon aus, daß das Abitur zwar abgelegt worden ist, aber eben kein Studium angetreten werden durfte. Hier ist jedoch wieder besonders zu beachten, daß eine oben genannte Maßnahme vorliegen muß, weshalb man kein Studium antreten durfte.

„5. die Ausbildung an einer anderen als einer zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtung nicht fortsetzen konnte“

Hier sind die Schulen/Bildungseinrichtungen gemeint, die von vornherein nur bis zur 10. Klassen gingen.

Nur wer die hier beschriebenen Voraussetzungen erfüllt, gilt als „Verfolgter Schüler“!

An diesen Voraussetzungen hat sich durch das neue Gesetz auch nichts geändert. Die Änderung besteht allein darin, daß die „Verfolgten Schüler“ nunmehr Zugriff auf den dritten Abschnitt des BerRehaG erlangen. In diesem dritten Abschnitt sind die Ausgleichsleistungen geregelt. Die wichtigste Voraussetzung für den Erhalt dieser Ausgleichsleistungen ist neben der wirtschaftlichen Bedürftigkeit eine Verfolgungszeit von mindestens drei Jahren. Nun haben viele Betroffene bei der Anerkennung als „Verfolgter Schüler“ in ihren Bescheiden keine Verfolgungszeiten stehen, was wohl daran liegen dürfte, daß diese bis zur nun eingetretenen Änderung des Gesetzes einer solchen Festlegung nicht bedurften. Ohne die Angabe der Verfolgungszeit werden die Betroffenen aber keinen Antrag auf Ausgleichsleistung stellen können. Aus diesem Grund müssen sie eine Bescheinigung über ihre Verfolgungszeit beantragen. Dies tun die Betroffenen bei der gleichen Stelle, bei der sie ihren Antrag auf „Verfolgter Schüler“ gestellt haben. Wenn die Verfolgungszeit danach mehr als drei Jahre beträgt, ist der Weg frei für den Antrag auf die Ausgleichsleistungen. Haben Sie Fragen? Die Beratungsstelle der UOKG steht Ihnen gerne zur Seite! Kontakt siehe Seite 19.

Verstörende Auskunft

Die Fehlplatzierung der DDR-Altübersiedler im RÜG – eine politische Entscheidung?

Von Jürgen V. Holdefleiß

Am 3. Oktober 2019 fand ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter IV des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) statt.

Auf die Frage:

„Wo ist festgeschrieben, daß die Rentenanwartschaften der in der Zeit der deutschen Teilung in der alten Bundesrepublik eingegliederten DDR-Übersiedler (Flüchtlinge, Ausreiseartragsteller, aus politischer Haft Freigekaufte) unter Berufung auf den Beitritt der DDR neu zu bewerten sind?“

Die Antwort:

„Das war eine politische Entscheidung.“
Eine verstörende Auskunft.

Eigentlich sind wir bisher davon ausgegangen, daß es sich bei dem seit mehreren Legislaturperioden schwelenden Konflikt zum Thema „DDR-Altübersiedler und ihre vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“ um einen rechtsstaatlichen Lapsus handelt, der im Prinzip mit den Mitteln des Rechtsstaates behoben werden kann.

Führen wir uns noch einmal vor Augen, worum es eigentlich geht.

Bundesregierung (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und Deutsche Rentenversicherung behaupten:

Das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) habe die Bestimmung, **alle** DDR-Erwerbsbiographien zu bewerten, und zwar für

- die Versicherten, deren Ansprüche zum damaligen Zeitpunkt noch von der Sozialversicherung der beigetretenen DDR verwaltet wurden und
- die Versicherten, die in der Zeit der deutschen Teilung die DDR verlassen hatten und in den altbundesdeutschen Rechtsraum eingegliedert wurden.

Diese Aussage zeichnet sich dadurch aus, daß es keine amtlichen Dokumente gibt, die diese Behauptung belegen.

Der Vorstand der IEDF weist anhand aller zugänglichen amtlichen Dokumente (Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat, BfA) nach:

Das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) ist das Ergebnis der infolge des Beitritts der DDR erforderlich gewordenen Novellierung des Rentenreformgesetzes (RRG'92).

Art.30(5) des Vertrages vom 30. August 1990 über die Herstellung der deutschen Einheit hatte vom gesamtdeutschen Gesetzgeber verlangt, die Erwerbsbiographien der Angehörigen der Sozialversicherung der beigetretenen DDR zu bewerten und das dafür erforderliche gesetzliche Instrumentarium zu schaffen. In diesem Rahmen wurden gleichzeitig auch die Bestandteile des RRG'92 gestrichen, die infolge des Beitritts der DDR obsolet geworden sind.

Die Behauptung von Bundesregierung und Deutscher Rentenversicherung ist nur richtig, was den ersten Punkt betrifft.

Alle Aktivitäten des Vorstands der IEDF beruhen auf den Ergebnissen der einschlägigen Recherchen.

Rückblick

Erinnern wir uns an unsere bisherigen Beiträge im Stacheldraht.

2017/1 „Asymmetrischer Kampf – die ehemaligen DDR-Flüchtlinge und ihre nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“

2017/6 „Der lange Weg nach Straßburg – Verfassungsbeschwerde DDR-Flüchtlinge keine Entscheidung“

Es ist zu empfehlen, diese Hefte noch einmal hervorzuholen. In 2017/6 wird u. a. auch ausgeführt, was zu dem Nichtannahmebeschluß der Verfassungsbeschwerde geführt hat und wie die Nichtannahme zu bewerten ist.

Der Beitrag „Der lange Weg nach Straßburg“ endet mit den Worten: „Auf dem Verfahren in Straßburg liegt die große Hoffnung. Die Menschenrechts-

beschwerde scheint die einzige Chance zu bieten, das verletzte Recht wiederherzustellen.“

Damals hatten wir noch gedacht: Wir schaffen das. Gemeint war die Wiederherstellung des verletzten Rechts.

Hatte das Bundesverfassungsgericht noch vier Jahre gebraucht, um zu entscheiden, in der Sache nicht entscheiden zu wollen, so ging es beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ganz schnell. Der renommierte Rechtsanwalt Stefan von Raumer (Beschwerdeverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Verfassungsbeschwerden vor dem Bundesverfassungsgerichtshof) hatte die Menschenrechtsbeschwerde am 18. Juli 2017 in Straßburg eingereicht. Der von dem Einzelrichter André Potocki unterzeichnete Nichtannahmebeschluß trägt das Datum 23. November 2017. Eine Begründung wurde nicht gegeben.

Inzwischen hören wir immer öfter: Ihr schafft das nie. Denn es soll sich, wie es (s.o.) deutlich gesagt wurde, um eine „politische Entscheidung“ handeln.

Wo stehen wir jetzt?

Petitionsausschuß:

Am 18. April 2018 haben UOKG, VOS, IEDF die Petition/Beschwerde 3-19-11-8222-006233 eingereicht. Titel: „Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen“. Sie stand im Sommer für vier Wochen online und hat



Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

zu einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Kommentaren geführt.

Um der Angelegenheit ein höheres Gewicht zu geben und um auch in juristischer Hinsicht besser gewappnet zu sein, haben wir dem Rechtsanwalt Stefan von Raumer (s. o.) das Mandat erteilt, uns vor Bundestag und Bundesregierung zu vertreten.

Der Ausschußdienst des Petitionsausschusses hat daraufhin eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales angefordert. Diese ging am 31. Januar 2019 beim Petitionsausschuß ein. Sie fiel, wie zu erwarten, ablehnend aus, bot aber reichlich Korrekturbedarf.

Unsere Gegenstellungnahme (RA Stefan von Raumer) trägt das Datum 7. Oktober 2019. Hier ist auf 37 Seiten ausführlich dargelegt, daß „die Betroffenen, für die sich die Petition einsetzt, vertrauensgeschützte Rentenanwartschaften hatten, in die durch das heute geltende Recht in der heute vertretenen Auslegung eingegriffen wurde“. (Zitat)

Mit Schreiben des Ausschußdienstes des Petitionsausschusses vom 21. Januar 2020 wurde mitgeteilt, daß das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu einer „ergänzenden Stellungnahme“ (Zitat) aufgefordert wurde. Diese liegt noch nicht vor.

Große Anfrage der Fraktion Die Linke

Der Abgeordnete Matthias Birkwald hat unseren Kampf um die Wiederherstellung des verletzten Rechts über lange Zeit verfolgt. Er hat in Übereinstimmung mit seiner Fraktion am 28. Juni 2019 eine Große Anfrage, bestehend aus 19 sehr klar strukturierten Fragen, an die Bundesregierung gestellt. Sie ist unter der Drucksachennummer 19/11250 beim Bundestag registriert.

Dazu gibt es seit dem 29. Januar 2020 auch eine Antwort. Sie ist unter 19/16953 registriert und ist, wie zu erwarten, negativ ausgefallen.

Laut Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (§101 Beantwortung und Beratung von Großen Anfragen) wird eine Plenardebatte stattfinden, weil die Große Anfrage von einer Fraktion eingereicht worden ist.

Der Zeitpunkt, an dem die Debatte stattfinden wird, ist derzeit noch nicht bekannt.

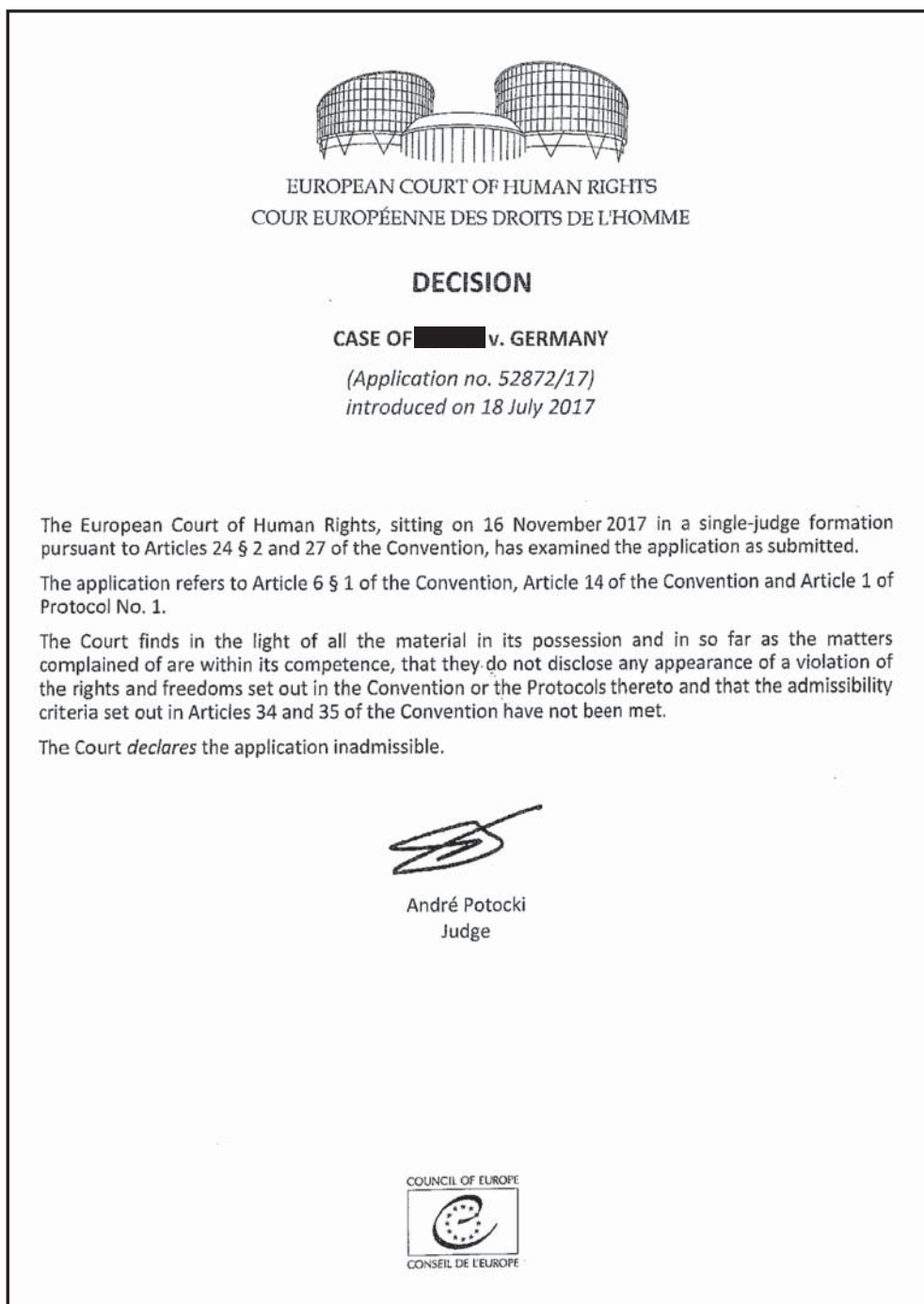
Individuelle Verfahren vor den Sozialgerichten

Inzwischen sind zahlreiche Verfahren vor Sozialgerichten anhängig, die von RA Norbert Geis betreut werden. Norbert Geis (CSU) war in der Zeit von 1987 bis 2013 Abgeordneter des Bundestages. Vor 1990 bis 2002 war er rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Er ist also mit dem Problemkreis bestens vertraut, sowohl in politischer als auch in juristischer Hinsicht.

In allen Fällen beantragt die Beklagte (Deutsche Rentenversicherung) die Klageabweisung und verweist damit auf den Instanzenweg. In einigen Fällen sind die Verfahren „ruhend gestellt“. Ein mühsamer Weg angesichts der „gefestigten Rechtsprechung“.

Aufgeben? Nein.

(Sinngemäße Übersetzung der Abbildung: Das Gericht stellt im Lichte des gesamten in seinem Besitz befindlichen Materials, insoweit die beanstandeten Angelegenheiten in seine Zuständigkeiten fallen, fest, daß es keinen Anschein einer Verletzung der in der Konvention oder den Protokollen festgelegten Rechte und Freiheiten erkennen kann. Ein Verstoß gegen die Zulässigkeitskriterien Art. 34 und 35 wird nicht festgestellt.)



SED-Regime als Vasall der Sowjetunion

Häftlingstransporte in DDR-Strafanstalten bei Auflösung des Speziallagers Sachsenhausen

Von Reinhard Klaus

Den faktenreichen, sachlichen Bericht von Horst Vau in Ausgabe 1/2020 möchte ich mit teils emotionalen Beschreibungen ergänzen.

Der Zeitzeuge Paul Radicke urteilte treffend: „Die Transporte von Sachsenhausen in Strafanstalten der DDR – mit für die Häftlinge zunächst unbekanntem Ziel – brachte sie in die Fänge eines Staates, den es bei deren Ergreifung und Verurteilung durch ein SMT noch nicht gab, mit dessen Gesetzen sie folglich nicht in Konflikt geraten sein konnten, aber der sie dennoch die sogenannte ‚gerechte Strafe verbüßen‘ ließ, zu der er sie nicht verurteilt hatte.“

Die Sachsenhausener Lagerverwaltung rief tagelang Namen auf von – zu Appellen angetretenen – Internierten und SMT-Verurteilten. Einige der auf den Listen stehenden Gefangenen waren bereits verstorben, ein Indiz für die mögliche Unvollständigkeit des Sachsenhausener Totenbuches.

Der Häftling Helmut Braun notierte dazu unter anderem: „Auf dem Appellplatz saß ein Sowjet-Offizier. Jeder Gefangene wurde aufgerufen. Dann riß der Mann (aus der Häftlingsakte – R.K.) alle Seiten bis auf das Urteil raus – und übergab seinem VP-Genossen die Akte mit diesem einen Blatt... Zeugnisse unmenschlicher Qualen, wahllos in Kartoffelsäcke gestopft, landen im Feuer.“

Etwa 50 Internierten wurde am 30. Januar 1950 ihre Entlassung vorgetäuscht: In der Vorzone des Sachsenhausener Speziallagers erhielten sie Papiere und ihre bei der Inhaftierung abgenommenen Habseligkeiten. Als sich dann das Tor öffnete, standen dahinter zwei Lkw, die sie angeblich zum Bahnhof bringen sollten. Tatsächlich fuhren sie aber in das GPU-Gefängnis Berlin-Lichtenberg zu rohen Vernehmungen, ehe sie ein Sowjetisches Militärtribunal (SMT) verurteilte.

In die Fänge der Sowjetischen Kontrollkommission (sie überwachte die DDR-Führung) gerieten relativ wenige Internierte, die sie (überwiegend nach einem Fernurteil) in ein Lager des Gulag verbrachte – z.B. die Ärzte Prof. Dr. Werner

Bockhacker und Dr. Conrad Clausnitzer (zuvor in Zone I des Speziallagers).

Für die Transporte der insgesamt 5554 Sachsenhausener SMT-Verurteilten in DDR-Gefängnisse stellten die Machthaber einen technisch mangelhaften Eisenbahnzug bereit: drei Waggons für die Wachmannschaften und 37 geschlossene und mit Stacheldraht gesicherte Waggons (sogenannte „Viehwagen“) für die Häftlinge – teilweise ohne Öfen. An Brennmaterial mangelte es ohnehin; Eßgeschirre fehlten gänzlich.

Nicht alle Wagen besaßen Zwischenböden zum Liegen oder schmale Bretter als Sitzgelegenheiten. Manche Waggons hatten einen Abortkübel, ansonsten diente ein Loch mit einem schweren Metallring im Wagenboden für die Notdurft. Bei längerem Halt des Zuges wuchsen darunter auf dem Gleiskörper hohe Kothaufen.

Am 23. und 24. Januar wurde der Zug instand gesetzt, aber die Ausstattung nicht vervollständigt.

Die zuständige VP-Landesbehörde wies die Kreisämter an, nur die politisch zuverlässigsten Polizisten (insgesamt achtzig aus allen Landkreisen Brandenburgs) zu entsenden. Das Zug- bzw. Begleitpersonal bekam warme Uniformen mit Pelzanteilen. Dagegen besaßen manche Häftlinge nicht einmal einen verschlissenen Mantel.

Die Verladung begann am 25. Januar 1950. In den folgenden drei Wochen lag die Lufttemperatur im Tagesdurchschnitt um den Gefrierpunkt; nachts herrschten Kältegrade. Im Beisein der Häftlinge überprüften Vertreter der VP-Hauptverwaltung Urteilsauszüge in deutscher Sprache (die sie von den sowjetischen Geheimdiensten erhalten hatten) und berichtigten offensichtliche Fehler.

Fünzig Uniformierte und vier Hunde sicherten den Abtransport der 1008 Gefangenen in zwei Bussen und einem LKW vom Speziallager. Diese Häftlinge bekamen für einen Tag Verpflegung auf die Hand, zudem (nur auf dem Papier!) eine

Matratze und eine Decke. Das Begleitpersonal empfing (angeblich) für weitere zwei Tage Verpflegung für die Häftlinge.

Vom Verladeort Sachsenhausen startete dieser **erste Transport** am 25. Januar 1950 gegen 0.00 Uhr nach Torgau unter widrigsten Umständen. Jeder Lok- und Personalwechsel dauerte durchschnittlich über drei Stunden.

Die 992 Häftlinge des **zweiten Transports** ab 28. Januar 1950 kamen zu je 40 bis 50 Mann in die Viehwaggons. Vopos mit Maschinenpistolen im Anschlag und im Hintergrund in Stellung gebrachten Maschinengewehren sicherten die Verladung. Die Abfahrt von Sachsenhausen erfolgte nicht wie geplant am 29. Januar um 0.22 Uhr, sondern erst ca. 3.00 Uhr. In den verriegelten Waggons ohne Stroh war das Heizmaterial für die kleinen Kanonenöfen rasch verbraucht; es herrschte bittere Kälte.

Rolf Schröder erinnerte sich: „Als ich bei einem Halt einen der jungen Bewacher fragte, wohin wir kämen, brüllte der mich an: ‚Man müßte euch mit der Peitsche kitzeln und mit dem Gewehrkolben ins Kreuz schlagen, wie ihr es mit unseren Vätern gemacht habt!‘ Die Hälfte von uns war immer noch nicht volljährig*. Wie mußte man diese Polizisten gegen uns aufgehetzt haben, daß sie solche Sprüche klopfen!“

** Anmerkung R.K.: Tatsächlich betrug der Anteil Jugendlicher, die, wie Rolf Schröder, nach Luckau kamen, nur rund ein Drittel. Aber jahrelanges Hungern in sowjetischer Haft verzögerte deutlich die körperliche Reifung der Kinder und Jugendlichen. Junge Erwachsene schienen wie unterentwickelte Jugendliche.*

Der Zug wurde in Falkenberg/Elster etwa je zur Hälfte geteilt: 500 Häftlinge nach Luckau und 492 nach Fort Zinna (Torgau). >>>



Die Rampe in Sachsenhausen, nördlich des Orafol-Geländes, auf der 1950 wahrscheinlich die SMT-Verurteilten verladen wurden.

Einer der nach Torgau erbarmungslos verbrachten Häftlinge (er stammte aus Bonn) litt an doppelseitiger Lungen-Tbc und starb bald. Die Kosten seiner Einäschierung stellte das SED-Regime der Ehefrau in Rechnung.

Die Häftlinge des **dritten Transports** am 2. Februar 1950 fuhren ab etwa Mittagszeit auf Lastkraftwagen – vorn und hinten ein Kübelwagen mit MG – (wahrscheinlich) zum Güterbahnhof Oranienburg. Je rund 40 Mann hockten in Güterwagen auf schmalen Brettern als Sitzgelegenheiten. Heizmaterial gab es trotz bitterer Kälte nicht. Ein Teil der Häftlinge erhielt weder Wasser noch Brot, der andere Teil einen Kanten Brot und Zucker, aber kein Wasser. Viele der Häftlinge, die aus Heißhunger gleich alles aufaßen, erlitten danach Erbrechen und Durchfall.

Der Zug fuhr spätabends los und wurde in Jüterbog getrennt. 300 SMT-Verurteilten kamen nach Luckau und 704 nach Untermaßfeld/Thüringen.

Als der Zug am 3. Februar gegen Mittag am Bahnhof Untermaßfeld ankam, tranken dort die durstigen Gefangenen gierig Wasser, geschöpft von Polizisten aus großen Kannen.

Die Verladung zum **vierten Transport** begann am 7. Februar 1950 nachmittags. Die meisten Häftlinge liefen (manche ohne warme Oberbekleidung) in Fünferreihen südöstlich des Lagers eine Straße entlang, dann nach Norden und über offenes Gelände bis zu den Güterwagen, die innen mit Raureif bedeckt waren. Andere kamen mit einem Bus zur Sachsenhausener Verladestelle. (Wo eine Rampe heute noch – nördlich des Orafol-Betriebsgeländes – sichtbar ist.)

Der Zug startete in den späten Abendstunden mit nur 525 SMT-Verurteilten, fuhr (laut Zeitzeugen) über West-Berlin und mußte morgens im Hauptbahnhof Halle/Saale halten. Die Bahnsteige waren bereits voller Menschen auf ihren Wegen zur Arbeit. Der Gefangenentransport erzeugte Aufmerksamkeit und dann bedeutende Unruhe, nachdem Häftlinge durch kleine Lüftungsschlitze einige Kassiber auf den Bahnsteig fallen ließen (welche später die Adressaten erreichten!). Ein Polizeikommando stürmte den Bahnhof. Durch die Schlitze sahen Häftlinge, daß Festnahmen erfolgten.

Auf der Rückfahrt von Untermaßfeld über Weimar kamen 1200 Internierte aus dem Speziallager Buchenwald nach Waldheim. (Weil die Buchenwalder Lagerverwaltung schlecht organisiert hatte, fuhr der Zug mit rund sechs Stunden Verspätung ab.)

Beim **fünften Transport** am 11. Februar 1950 wurden 1119 weibliche Häftlinge und 25 Kinder um 20 Uhr von der Verladestelle Sachsenhausen nach Hoheneck transportiert – Ankunft am 12. Februar gegen 11 Uhr.

Der nun leere Zug fuhr von Hoheneck über Glauchau in Richtung Buchenwald. Dort war die „Abfertigung“ der Internierten abermals schlecht organisiert und dauerte bei anhaltender Kälte etwa 27 Stunden. Erst am 15. Februar um 12.30 Uhr setzte der Zug mit überbelegten Wagen die Fahrt nach Waldheim fort (Ankunft um 21.45 Uhr). In der Haftanstalt wurden die Häftlinge mit Tritten, Püffen und lautem Geschrei über den Hof und in die Zellen getrieben.

Der **sechste und letzte Transport** ging am 16. Februar 1950 mit 908 Ge-

fangenen, unter ihnen zwei Kinder, nach Waldheim. Überwiegend waren es Kranke, von denen – laut unbestätigter, späterer Meldung der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) – angeblich 276 an offener Lungen-Tbc litten.

Dazu vermeldet der VP-Abschlußbericht lakonisch: „Die getroffenen Maßnahmen zur Beförderung der Kranken waren ausreichend.“

Ein in die Bundesrepublik geflohener VP-Wachtmeister schilderte 1952 der ZEIT (vergl. <http://www.zeit.de/1952/48/ich-komme-aus-dem-sowjet-konzentrationslager>) unter anderem:

„... Ich war bei der Begleitmannschaft des letzten Transports aus Sachsenhausen ... Zwei große Autobusse versahen vom Lagereingang den Pendelverkehr zum Transportzug ... Zerrissene, zerlumpte, wankende alte Männer, dazwischen aber auch Achtzehn- und Zwanzigjährige, die ahnungslos fragten, ob ... sie endlich in Freiheit kämen. Bis zu diesem Augenblick hatte die russische Lagerverwaltung den Häftlingen vorgespiegelt, sie würden entlassen werden ... Morgens um sieben Uhr begann die Verladung, immer vierzig Mann in ... ungeheizte Viehwagen ... mit Pritschen für höchstens 24 Personen ... Gegen Abend wurden die Tbc-Baracken geräumt ... und es kamen in jeden der seit dem Morgen schon mit Gefangenen gefüllten Viehwagen weitere vier bis fünf, zum Teil nur noch auf Bahnen transportierbare Tuberkulosekranke. Viele von uns waren entsetzt über diese Maßnahmen ... Am nächsten Morgen wankten die Trauergestalten in Waldheim aus den Wagen ... Der Schock, der die meisten traf, als sie merkten, daß sie nicht entlassen werden, schien ungeheuerlich. Der Empfang im Zuchthaus gab ihnen den Rest ...“


Nachtrag: Werner Adermann (vergl. seine Lebenserinnerungen aus zwei Diktaturen „Fussballplatz – Kriegsschauplatz – Pritschenplatz“, OEZ Berlin-Verlag, ISBN 978-3-942437-06-6) nahm wenige Tage vor seinem Tod (am 6. März 2012) dem Haftkameraden Günter Schönherr und mir das Versprechen ab, die Zeit ab 1950 in der Strafanstalt Luckau nach Möglichkeit aufzuarbeiten.

Dazu übergab er uns gesammelte Unterlagen. Sie waren die Grundlage für ein DIN-A-5-Heft (2. Auflage 2019 mit 72 Seiten) zu Haftsituationen in Luckau 1950–1954. Dessen Kapitel 2 „Auflösung des Speziallagers Sachsenhausen“

<u>Transporte</u>	
<u>Überführung in andere Strafanst.</u>	
25.1.50	1 008
28.1.50	992
2.2.50	1 004
4.2.50	525
11.2.50	1 119
	und 25 Kinder
	der Frauen-
	transport
	u. 2 Kinder
16.2.50	906
	<u>5 554</u>
<u>Entlassene Internierte</u>	
16.1.50	290
17.1.50	361
18.1.50	403
19.1.50	423
20.1.50	185
21.1.50	330
23.1.50	406
24.1.50	360
26.1.50	371
27.1.50	400
30.1.50	402
31.1.50	297
1.2.50	328
3.2.50	340
4.2.50	246
6.2.50	240
8.2.50	439
9.2.50	274
10.2.50	343
13.2.50	114
14.2.50	90
	<u>6 702</u>

Liste aus dem sechsseitigen Tätigkeitsbericht des VP-Oberrats Ganske als Verbindungsoffizier der LBdVP Brandenburg in Sachsenhausen vom 2. März 1950.

ähnelt dem obigen Bericht. Das Heft enthält auch die Quellenangaben.

Die Zahlen der Liste (s. Abb.) sind vorsichtig zu bewerten, weil in einer weiteren Liste Ganskes Angaben (zu den vorher aus Luckau nach Bautzen, Cottbus und Görlitz verlegten Gefangenen) etwas differieren mit dem Transportplan im Dokument D01/11.0 Nr. 1587 – Bl. 0009 des Bundesarchivs. 

Dokumentiert

Jeder Dritte starb

20. Februar 2020

Dokumentationsstätte Jamlitz –
Herrn Dr. Weigel

Buchenwald – Frau Dr. Landau

Sachsenhausen –

Frau Dr. Ley und Herrn Dr. Heitzer

Sehr oft habe ich in den Jahren darauf hingewiesen, daß die Grausamkeiten der Speziallager am deutlichsten dokumentiert werden, wenn in den Dörfern die Sterbequote unter den dort Betroffenen ermittelt wird. Es war auch für mich eine schwierige Arbeit, in dieser Richtung zu Ergebnissen zu kommen, die mir nun schon einige Jahre vorliegen. Der Gedanke kam mir jetzt zufällig, Ihnen davon Kenntnis zu

Berichtigung

Zum Beitrag „Viele Tote warten noch auf ihre letzte Ruhe“, Horst Vau, Ausg. 1/2020, S. 5

Der vorletzte Absatz des Beitrages wird nach Rücksprache mit Horst Vau wie folgt gefaßt:

Weitere 1950 bis 1953 in Waldheim und Hoheneck verstorbene Männer, Frauen und Kinder wurden in Chemnitz eingäschert und deren Urnen bis 1957 auf einem Dachboden der Burg Hoheneck gelagert. Erst 1957 gelangten die Urnen dicht beieinander in das Feld 18 des Urnenhains auf dem Städtischen Friedhof Chemnitz. Für 134 Tote wurde am 28. Februar 2019 eine Namenstafel eingeweiht. Dafür sei der inzwischen verstorbenen maßgeblichen Initiatorin der Gedenktafel, Rosel Werl, noch einmal herzlich gedankt.

Reinhard Klaus

geben. Ich habe selbständig recherchiert und gehe davon aus, daß in den Lagern diesseits und jenseits von Oder und Neiße bis zu ihrer Auflösung etwa 60 000 Häftlinge umgekommen sind und die Überlebenden danach schließlich in einem der Lager der SBZ gelandet sind. Freilich weiß ich nicht, wieviel Menschen die Russen in ihre Gewalt bekommen haben, doch kann man sich dieser Zahl nähern, wenn man vom geschätzten Fassungsvermögen aller Lager am Jahresende 1945 ausgeht. Für Ketschendorf und Jamlitz lege ich mich auf 14 000 Lagerinsassen fest, für Buchenwald auf 15 000. Nach meiner Überlegung denke ich an viel weniger als insgesamt 180 000 Männer, Jugendliche und Frauen, die in die Lager gebracht wurden. Ich nehme an, daß Ihnen darüber genaue Zahlen vorliegen.

Aus weit mehr als 100 Dörfern und einigen kleineren Städten liegen mir exakte

Zahlenangaben vor, auf die ich mich für die von mir angestrebten Ermittlungen stütze. In großen Teilen sind sie mit Namen belegt. Für meine nahe Umgebung, die Stadt Forst und 26 umliegende Dörfer, habe ich 238 Namen erfaßt, 160 Männer, 60 Jugendliche und 18 Frauen. 105 Männer und 19 Jugendliche sahen ihre Familien nicht wieder. Das ergibt eine Sterbequote von 65,5 Prozent. Ihr Schicksal erfüllte sich vorwiegend in Ketschendorf und Jamlitz oder sie nahmen den Tod aus diesen Lagern mit. Aus meinem Nachbarort Groß-Schacksdorf, etwa 500 Einwohner und landwirtschaftlich geprägt, wurden 12 Männer abgeholt, die vermutlich nicht unter alliierte Beschlüsse fallen. Nur ein einziger überlebte. Von 65 in Forst verhafteten Männern starben 31. Das sind 47,7 Prozent.

Kurt Noack

	abgeholt	umgekommen	Sterbequote
Herzberg und Umgebung	268	120	
Finsterwalde und Umgebung	60	27	
Lübben und Umgebung	234	85	
Forst und Umgebung	238	124	
Freiberg, Branderbisdorf, Marienberg/ Erzgebirge	180 ?	89	
Rechenberg, Pretschendorf/ Erzgebirge	60 ?	31	
Lengefeld	14	14	
Ziltendorf	31	18	
Sonnenwalde	12	7	
Jacobsdorf	27	22	
Grünwalde	18	12	
Wansdorf	20	15	
Rade	5	4	
Byhlegure	26	13	
Lieberose	32	17	
Ahrendorf	36 ?	18	
Petershagen	26 ?	13	
Wolkenberg	8	8	
Pulsberg	12	7	
Vehlefanz	27	15	
Uibigau	30	18	
Axien	11	8	
14 weitere Dörfer	151	66	
	1 526	751	49,2
Klein- Machnow	50		
Bad Doberan	35 Jugendliche		
Calau	15		

Für Position 5 und 6 dieser Liste sowie für Ahrendorf und Petershagen liegen mir keine Angaben zur Spalte 1 vor. Um zu einem Quotienten für die Gesamtliste zu gelangen, habe ich jeweils eine Zahl festgelegt.

Geheime Augen und Ohren

Wie schon berichtet, hat sich der einstige Leiter des Bundesnachrichtendienstes, Dr. Hans-Georg Wieck, mit 92 Jahren per Rundbrief von seinen Freunden verabschiedet und zu seinen Kindern zurückgezogen. Er dürfte der Klügste und Erfolgreichste von all seinen Vorgängern und Nachfolgern gewesen sein. Es war das MfS selber, das 1988 in einem Dokument „Streng geheim“ von unter dem Präsidenten Wieck „forcierten Bestrebungen des BND zur quantitativen und qualifizierten Verstärkung“ seiner geheimen Mitarbeiter in der DDR sprach und vor „einer neuen Qualität des komplexen Vorgehens des BND“ warnte.

In der Tat kannte er damals alle Privatadressen von Stasi-Angehörigen. Ende 1988 gewann Pullach sogar ein Mitglied des Zentralkomitees der SED für sich, das über gute Beziehungen direkt zum Generalsekretär des ZK der SED Honecker und zum Stasi-Chef Mielke verfügte.

Wiecks Tragik und damit die Gesamt-Deutschlands war sein gespanntes Verhältnis zu Bundeskanzler Kohl, der zwar ebenfalls die Wiedervereinigung anstrebte, aber die Zeichen der Zeit viel zu spät, nämlich erst bei seinem Dresden-Besuch im Dezember 1989, erkannte. Top-Informationen des BND paßten nicht in das Bonner Vorstellungsbild.

Auch wenn Wieck aus Loyalitätsgründen darüber schweigt, so ist es doch Tatsache, daß es einmal zu einer sehr häßlichen

Szene kam, als dieser – sonst ein Bündel an Dynamik und Energie – totenblaß aus dem Zimmer des Kanzlers kam und nur stammelte: „Die Verantwortung trägt letztlich er, auch vor der Geschichte.“ Ganz zweifellos ging es um die deutsche Einheit. Starke Differenzen gab es ebenfalls in der Frage um den bekannten Devisen-Schmuggler Schalck-Golodkowski: Die Bundesregierung bestritt, diesem eine neue Identität versprochen zu haben, was Wieck hingegen glaubhaft bestätigte. Die Frage bleibt, welche Geheimnisse Bonn damals verschweigen wollte.

Unbekannt für die Öffentlichkeit bis heute ist auch, daß Pullach im Wissen um das baldige Ende des SED-Regimes bereits im Sommer 89 Briefe an MfS-Angehörige versandte, darin den Sturz der Berliner Mauer voraussagte und ihnen riet, mit Rücksicht auf ihre spätere Zukunft doch mit dem BND zusammenzuarbeiten. Ob diese Aktion Erfolg hatte, ist unbekannt. Zweifellos wird sie zur Demoralisierung des MfS beigetragen haben. Anwerbungsversuche im höheren Offizierskorps der sowjetischen Streitkräfte in der DDR scheinen indes ohne Erfolg geblieben zu sein, doch erhielt man durch eine Vielzahl von DDR-Deutschen – wie es an einer Stelle außerhalb des BND heißt – „einen Überblick, den wohl selbst höchste sowjetische Stabsoffiziere nicht ohne weiteres besaßen“. Offiziell wird inzwischen zugegeben, daß die Geliebte des damaligen KGB-Offiziers Putin in Dresden jahrelang für den Bundesnachrichtendienst arbeitete.

In der Schweiz glückte dem BND in Zusammenarbeit mit der CIA bereits 1970 ein großer Coup in Form der Operation „Rubicon“: Bei der Firma Crypto AG in Zug gelang es, deren Chiffriergeräte (mit dem weltweit anerkannten Gütesiegel „Made in Switzerland“) zu manipulieren und durch diese Hintertür weltweit abzuhören. In der Schweizer Presse wurde vor einigen Wochen die große Frage gestellt, ob der Schweizer Nachrichtendienst NDB davon wußte oder nicht. Die als seriös bekannte „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb dazu am 13. Februar nicht direkt eindeutig: „Die schweizerischen Nachrichtendienste sollen über die Abhöroperation der Deutschen und Amerikaner im Bild gewesen sein.“ Zweifellos zu Recht sahen Insider darin eine Bestätigung, gilt der NDB doch als überaus gut informiert und ebenso schweigsam. In Winterthur

konnte der Schweizer Nachrichtendienst das DDR-Ehepaar Kälin verhaften, das eine geheime MfS-Residentur betrieb und mit modernsten Funkgeräten ausgestattet war. Der entscheidende Hinweis aber kam, was bis heute ungesagt blieb, aus Pullach.

Was die Sowjetunion betrifft, so scheint der BND „geheime Augen und Ohren“ im dortigen Außenministerium und wohl auch in der Moskauer Akademie der Wissenschaften gehabt zu haben. Als der BND-Präsident den Bundeskanzler im Herbst 89 informierte, Gorbatschow sei zu politischen Konzessionen bereit (nämlich zur Wiedervereinigung), tat Kohl dies ab mit den Worten, das gehöre „in den Bereich der Phantasie“. Tatsache ist ebenso, daß in der großen Deutschland-Abteilung im KGB-Hauptquartier südöstlich von Moskau der stellvertretende Leiter für Wirtschaftsspionage, Leonid Kutergin, von 1970 bis zu seiner Flucht 1983 im Dienst des Bundesnachrichtendienstes stand. Seine Familie sah er nie wieder. Südlich von München soll sich sein Grab befinden – wahrscheinlich sogar unter falschem Namen. Er gab Hinweise auf über 100 KGB-Spione, darunter einen SPD-Bundestagsabgeordneten.

In einem Buch schrieb Wieck nahezu beiläufig, während der Schießereien zwischen sowjetischen und chinesischen Truppen am Ussuri-Grenzfluß hatte man sich mit entsprechenden Stellen Pekings bemüht, die Haltung der UdSSR zu erkunden. Hinter diesen harmlos erscheinenden Formulierungen verbirgt sich eine wahrhaft gigantische Aktion Pullachs: In Zusammenarbeit mit der Spionage Chinas wurden entlang der Grenze riesige Abhörtanlagen installiert, deren Ziel die Waffen-Entwicklungsstätten in Sowjetasien waren. Dauer und Erfolg dieses Vorgehens zu erfahren, scheint allerdings unmöglich zu sein.

Den Rat eines alten Freundes, Wieck möge doch über seine Tätigkeit als Präsident des deutschen Bundesnachrichtendienstes seine Memoiren schreiben, hat dieser scharf abgelehnt. Für ihn gelte immer noch seine Schweigepflicht. Und die werde er – selbst wenn das Buch eine wahre Sensation werden würde – gemäß seinem Eid auch weiterhin einhalten. Eine Haltung, die den Patrioten ehrt.

Friedrich-Wilhelm Schломann

*Schon viele hat das Geld
übermütig gemacht, die Herzen
der Großen hat es verführt.*

Altes Testament, Jesus Sirach, 8,2

Wer fürchtet, übermütig zu werden, sollte dringend eine Spende in Erwägung ziehen.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Thomas Mann und das Zuchthaus Waldheim

Ergänzungen zum Artikel Alexander W. Bauersfelds, Ausg. 1/2020

Der Schriftsteller Heinrich Mann (1871–1950) stand den deutschen Kommunisten, die besonders seine gesellschaftskritischen Romane „Professor Unrat“ (1905) und „Der Untertan“ (1918) schätzten, näher als der jüngere Bruder Thomas Mann (1875–1955). So wurde schon 1947, zwei Jahre vor der DDR-Gründung, dem im kalifornischen Exil lebenden Heinrich Mann die Ehrendoktorwürde der Ostberliner Humboldt-Universität verliehen und 1949 die Präsidenschaft der „Deutschen Akademie der Künste“ angetragen. Bevor er freilich nach Ostberlin übersiedeln konnte, starb er am 12. März 1950 in Santa Monica/Kalifornien.

Während seines Exils in Frankreich 1933/40 soll er einmal in Paris den deutschen Kommunistenführer Walter Ulbricht (1893-1973) zu einem Gespräch getroffen haben. Danach soll er geäußert haben, er könne nicht mit einem Mann diskutieren, der behaupte, der Tisch, an dem sie säßen, wäre kein Tisch, sondern ein Ententeich.

Da Heinrich Mann und sein Bruder Thomas 1933 die deutsche Staatsbürgerschaft verloren hatten, wurden sie 1936 von der Tschechoslowakei eingebürgert, weshalb die Urne Heinrich Manns 1951 auch in Prag beigesetzt wurde. Zum 90. Geburtstag des Autors am 27. März 1961 wurde sie von Prag nach Ostberlin gebracht und unter den Klängen des Orchesters der „Deutschen Volkspolizei“ auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Ostberlin beigesetzt.

Durch die Auflösung der drei restlichen „Speziallager“ auf DDR-Gebiet (Bautzen, Buchenwald, Sachsenhausen) am 18. April 1950 durch die sowjetrussischen Besatzungstruppen gerieten 3432 politische Häftlinge, deren individuelle Schuld an NS-Verbrechen nicht nachgewiesen war, in die „Obhut“ der Volkspolizei. Sie wurden im Rathaus von Waldheim, ohne Zeugen und ohne Verteidigung durch einen Rechtsanwalt, vor Gericht gestellt und in wenigen Minuten zu hohen Gefängnisstrafen oder zum Tode verurteilt.

Davon hat auch Thomas Mann in Kalifornien erfahren und, entsetzt über die Prozeßführung, am 19. Juli 1952 einen

Brief an Walter Ulbricht geschrieben, ob es einen Sinn mache, die Waldheimer Gefangenen „ganz im wildesten Stil des Nazismus und seiner Volksgerichte, ganz im Stil jenes zur Hölle gefahrenen Roland Freisler, der genau so seine Zuchthaus- und Todessprüche verhängte, aburteilen zu lassen und damit der nichtkommunistischen Welt ein Blutschauspiel zu geben, das ein Ansporn ist zu allem Haß“? Dieser Brief, „persönlich und privat“ an den mächtigen SED-Vorsitzenden gerichtet, ist vollständig abgedruckt in Heft 2/1990 der Zeitschrift „Neue Rundschau“.

Thomas Mann ist 1949 bei den Feiern zu Goethes 200. Geburtstag in Frankfurt/Main und in Weimar aufgetreten und hat 1955 zu Schillers 150. Todestag, damals lebte er schon seit 1952 in der Schweiz, in Weimar eine Rede gehalten. Im Jahr seines Todes 1955 erschien auch im Ostberliner Aufbau-Verlag eine umfangreiche Werk-Ausgabe Thomas Manns, die der 1957 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilte Verlagsleiter Walter Janka (1914–1994) verantwortete.

In Mühlhausen/Thüringen lernte ich 2005 den Historiker Manfred Thiele (1929-2015) kennen, der 1947 von der sowjetischen Besatzungsmacht für einige Woche verhaftet worden war. In zwei Büchern „Vae victis. Mühlhausen unter sowjetischer Besatzungsdiktatur 1945–1953“ (2004) und „Flucht ohne Ende. Bürgerverluste der Stadt Mühlhausen von 1945-1961“ (2006) hat er das Wüten der Roten Armee in Thüringen nach 1945 beschrieben. Eigentlich wollte er nur nach dem Verbleiben eines Freundes suchen, der in den Nachkriegsjahren spurlos verschwunden war, und stieß dabei auf eine Fülle weiterer Schicksale, die er in diesen beiden Büchern der Öffentlichkeit zugänglich machte.

Da er in Thüringen keinen Verlag finden konnte, ließ er die Manuskripte auf eigene Kosten drucken und erntete Anfeindungen von Leuten, die das, was da veröffentlicht war, anzweifelten, da Manfred Thiele kein ausgebildeter Historiker wäre. Sogar ich wurde angerufen und beschimpft, weil ich das zweite Buch rezensiert hatte.

Im Jahr 1975 erarbeitete Manfred Thiele zum 100. Geburtstag Thomas Manns eine Ausstellung in Mühlhausen und begann eine Korrespondenz mit der Witwe Katia Mann (1883–1980) in Zürich, die ihn dann, als der Briefwechsel immer intensiver geworden war, nach Zürich einlud. Leider waren hohe Hürden der DDR-Bürokratie zu überwinden, deren Beseitigung Jahre erforderte, denn diese Reise ins „kapitalistische Ausland“ brachte keine Devisen, sondern kostete welche.

Er bekam für die mehrstündige Reise von Erfurt nach Zürich im Februar 1979 kein Westgeld ausgehändigt, sondern mußte belegte Brote und Kaffee in der Thermosflasche mitnehmen. Zum Glück konnte er bei der Familie Mann in Kilchberg bei Zürich wohnen und wurde reich mit Büchern beschenkt. Nach einer Woche fuhr er nach Mühlhausen zurück, wobei die geschenkten Bücher fast von der DDR-Transportpolizei beschlagnahmt worden wären.

Als 1992 Einsicht in die MfS-Akten möglich war, fand er dort Katia Mann als „imperialistische Agentin“ verzeichnet. Manfred Thiele hat über seinen Besuch bei Katia Mann ein Buch geschrieben, das bis heute nicht veröffentlicht ist.

Jörg Bernhard Bilke



Katia und Thomas Mann 1929.



Thomas und Katia Manns Haus in Kilchberg, wo Manfred Thiele bei der „imperialistischen Agentin“ übernachtete.

Triumph über Stalin

Frauen im Gulag – Veranstaltung am 5. März 2020 in Berlin

Rosel Blasczyk und Helga Sperlich haben eine lange Reise auf sich genommen, um in Berlin auf Einladung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur anlässlich des Weltfrauentags am 8. März zum Thema „Frauen im Gulag 1938–1955“ als Zeitzeuginnen Auskunft zu geben. Weit über hundert Menschen sind gekommen, um ihren Lebensgeschichten zu lauschen.

Die Veranstaltung findet ausgerechnet an Stalins Todestag statt. „Der Hund ist verreckt!“ jubeln die Arbeitsklaven überall in den Gulags, als sie von seinem Tod am 5. März 1953 erfahren. Ob sie nach der Nachricht vom Tod des Diktators auch Freude empfinden konnten? Zu dieser Frage äußern sich die beiden Frauen zunächst nicht. Vermutlich hatten die harten Jahre der Zwangsarbeit sie „abgestumpft“ – ein Wort, das Rosel Blasczyk an diesem Abend des öfteren in den Mund nimmt. Aber stolz wirken die beiden hochbetagten Damen, wie sie so gepflegt und adrett gekleidet auf dem Podium sitzen. Bei der Begrüßung gibt es Komplimente. Sie sähen schön aus,

Gefühl des Verlustes der Heimat stärker nachwirke als ihre Haftzeit in Workuta.

Und eine weitere Gemeinsamkeit ist, daß beide Frauen über Jahre Zwangsarbeit in Workuta leisten müssen.

Die Erfahrungsberichte von Rosel Blasczyk (geb. 1928) und Helga Sperlich (geb. 1932) sind schon deshalb von Bedeutung, weil sie ein Kapitel der DDR-Geschichte aufschlagen, das in der breiten Öffentlichkeit immer noch zu wenig bekannt ist. Eine ZuhörerIn, 83, erklärte anschließend ganz erschüttert, von alledem hätte sie noch nie gehört, sie wisse auch gar nicht, wo Workuta liegt.

Die Geschichte der SED-Diktatur begann ja nicht erst mit dem Mauerbau 1961, den Verurteilungen zu langjährigen Zuchthausstrafen wegen versuchter Republikflucht und der Ausschaltung individueller Freiheitsrechte durch die allgegenwärtige Stasi, sondern bereits ab 1945. Die Sowjetunion hielt den Osten Deutschlands besetzt und machte sich daran, hier einen Staat gemäß ihrer politischen und gesellschaftlichen Ideologie zu errichten. Zur Absicherung dieses Ziels hatte sie auch das Repressionssystem mitgebracht, mit dem sie zunächst im eigenen Land, dann in der von ihr besetzten Zone (SBZ) und später in der auf diesem Territorium entstandenen DDR gnadenlos gegen jede Opposition vorging.

Zu ihrem wichtigsten Instrumentarium gehörten zum einen die auf deutschem Boden operierenden Organe des sowjetischen Geheimdienstes (NKWD/MWD). Zum anderen hatte sich das Sowjetregime von 1945 bis 1953 (offiziell sogar bis 1955) das Recht vorbehalten, die strafrechtliche Verfolgung vermeintlicher wie tatsächlicher politischer Gegner selbst in die Hand zu nehmen. Die eigens hierfür installierten Sowjetischen Militärtribunale (SMT) verurteilten deutsche Staatsbürger ausnahmslos nach sowjetischem Strafrecht. Damit war besiegelt, daß die meisten SMT-Verurteilten in sowjetische Straflager verschleppt oder – wie im Fall von über 1000 deutschen Frauen und Männern – in Moskau hingerichtet wurden.

Helga Sperlich wird am 29. August 1951 in Glindow bei Werder durch Angehörige des MfS gefangengenommen und an die

sowjetische Besatzungsmacht übergeben. Rosel Blasczyk ist zu diesem Zeitpunkt bereits über vier Jahre in der Gewalt der Sowjetmacht. Sie wird während einer Razzia auf einer Tanzveranstaltung am 26. April 1947 in Beelitz/Stadt festgenommen und nach einer Untersuchungshaft in der Potsdamer Leistikowstraße in das Speziallager Sachsenhausen gebracht – ohne Gerichtsverfahren und ohne Urteil. Nach Auflösung des Speziallagers geht es für Rosel Blasczyk nach einem Fernurteil (zehn Jahre) aus Moskau am 6. September 1950 in die Sowjetunion und nicht, wie bei vielen ihrer Mitgefangenen, nach Hause.

Helga Sperlich wird am 8. Januar 1952 nach über vier Monaten Haft, nach brutalen Verhören und anderen Verbrechen im NKWD-Gefängnis in der Potsdamer Lindenstraße zusammen mit drei weiteren mitangeklagten Frauen zu 25 Jahren Straflager verurteilt.

Die sowjetische Besatzungsmacht beschuldigt die beiden jungen Frauen der „Spionage“. Ein Begriff, der sehr weit gefasst und nach Belieben dehnbar ist. Nach ihrer Freilassung im Herbst 1955 erfährt Rosel Blasczyk, geborene Gerlach, daß eine andere Frau, die wie sie Rosel Gerlach hieß, Bekanntschaft mit einem Engländer hatte, und sie vermutet, daß ihre Leidensgeschichte dieser Namensgleichheit, bzw. Verwechslung geschuldet war.

Helga Sperlich wird im Zusammenhang mit dem brutalen Vorgehen der Staatsorgane der DDR und der sowjetischen Besatzungsmacht gegen eine oppositionelle Jugendgruppe in Werder verhaftet. Es ist genug, daß einer ihrer Freunde ihren Namen in einem Verhör genannt hat, um gefangengenommen und für schuldig befunden zu werden. Acht ihrer Freunde werden in unterschiedlichen Verfahren vor Sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt und in Moskau hingerichtet.

Helga Sperlich muß im Gleisbau schwere körperliche Arbeit leisten. Die langen Winter in Workuta sind gnadenlos. Mit Entsetzen erinnert sie sich, wie sie in ihrem Sommerkleid im noch winterlichen Mai 1952 in Workuta ankommt. Sofort hat sie erste Erfrierungen an den Füßen. In Waggons werden die Arbeitsklaven zusammengepfertcht mit minimaler Versorgung in die Polargegend kurz vor dem Ural verschleppt. Bei klarer Sicht kann sie die Bergkette am Horizont erkennen. Wenn die Purga, der Schneesturm, tobt,



Helga Sperlich (l.) und Rosel Blasczyk.

vielleicht sogar noch schöner als beim letzten Treffen. Verlegen, aber selbstbewußt nehmen sie die Komplimente entgegen.

Rosel Blasczyk ist mit ihrer Tochter aus der Pfalz angereist, Helga Sperlich aus Baden-Württemberg. Die beiden Frauen lernen sich erst am Vorabend der Veranstaltung kennen, aber ihre Biographien haben Gemeinsamkeiten. Beide erleben Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges – Rosel Blasczyk aus Schlesien und Helga Sperlich aus der Mark Brandenburg. In einem Vorgespräch erwähnt Frau Sperlich, daß das

kann sie nicht einmal mehr ihre Hand vor Augen sehen und muß höllisch aufpassen, die Leine nicht loszulassen, an der sie und ihre Kameradinnen sich auf dem Weg zum Arbeitsplatz festhalten müssen. Ein Fehlschritt genügt, um verloren zu gehen und zu erfrieren.

Rosel Blaszcyks Haftzeit in Sachsenhausen von 1947 bis 1950 ist durch extreme Langweile gekennzeichnet, weil die Häftlinge nicht arbeiten dürfen. Dieses „Absitzen“ und „zur Untätigkeit verdammt sein“, kann einen Menschen zermürben und abstumpfen lassen, wie Frau Blaszcyk ihren Zustand wiederholt beschreibt. Weiterhin erschöpfend wirkt der permanente Kampf gegen Läuse und Wanzen, die aus allen Ritzen der Baracken im Lager kriechen. Hingegen sind die folgenden fünf Jahre in Workuta durch härteste Sklavenarbeit gekennzeichnet. Die Norm erfüllt sie nie, und somit werden die Essensrationen gekürzt.

Rosel Blaszcyk schuftet in der Ziegelei, beim Lehmabbau unter Tage, am Hochofen und im Gleisbau. Mit völlig unzureichender Schutzkleidung muß sie unterirdisch Lehm stechen und kann die Norm auch hier nie schaffen. Sie schaut sich die Arbeitsabläufe bei den Frauen aus dem Baltikum ab, um so allmählich die Norm einigermaßen zu erfüllen. Ein äußerst mühseliges Geschäft, den harten Lehm mit großen Messern zu schneiden.

Beide Frauen berichten vom Gleisbau unter freiem Himmel, wie sie sich in ihren jeweiligen Brigaden gegenseitig regelmäßig auf Erfrierungen untersuchen. Weiße Flecken, die einen Erfrierungsbrand andeuten, werden mit Schnee eingerieben.

Und nun sitzen sie auf dem Podium, gepflegtes Äußeres, leise und ruhige Stimmen. Die Anwesenden hören gebannt zu und fragen beispielsweise, wie man so alt werden und noch so frisch und klar bleiben kann. Helga Sperlich antwortet: „Tja, wir waren dort viel an der frischen Luft. Das tat uns anscheinend gut.“

Frau Sperlich berichtet, daß die ehemaligen Gulag-Häftlinge in der DDR nicht von ihrem Leid erzählen durften, in der Bundesrepublik hingegen wollen die meisten Menschen nichts vom Gulag wissen. Aber heute sollen wir alle den Zeitzeuginnen zuhören und lernen, damit wir nicht wieder auf die leeren Versprechen eines wie auch immer gearteten Sozialismus/Kommunismus hereinfallen.

Die Geschäftsführerin Dr. Anna Kaminsky begrüßte die Zeitzeuginnen und die Gäste. Organisiert wurde die Veranstaltung von Dr. Matthias Buchholz, Leiter der Abteilung Archiv, Bibliothek und Dokumentation. Die Moderation hatte der Historiker Dr. Meinhard Stark, der einfühlsam die Fragen an beide Zeitzeuginnen stellte, für den Zuhörer ein großer Erkenntnisgewinn.

Helga Sperlich kam am 28. Dezember 1953 in Glindow an und flüchtete am 8. Januar 1954, auf den Tag genau zwei Jahre nach ihrer Verurteilung, in den Westen.

Rosel Blaszcyk, die unfaßbare achteinhalb Jahre ihres Lebens in Gefangenschaft verbrachte, traf am 15. Oktober 1955 in Friedland ein.

Nach russischer Art sind die beiden Frauen rehabilitiert: kein Wort der Entschuldigung, keine Entschädigung. Aber unterkriegen lassen sie sich nicht.

Stefan Krikowski



Die beiden Zeitzeuginnen mit Moderator Meinhard Stark in der Mitte.

Die vollständige Veranstaltung ist hier nachzuhören:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/mediathek/frauen-im-gulag-1938-1955-zwei-generationen>

Nach der Begrüßung durch Dr. Anna Kaminsky und Dr. Meinhard Stark hören Sie ab Minute 0:07:13 eine Präsentation zu Innenansichten eines Frauenlagers 1938-1946 mit einem Ausschnitt aus einem Dokumentar-Feature mit den ehemaligen Gulag-Häftlingen Ida Konrad, Gertrud Platais, Alice Schellenberg und Fried Siebenaicher. Für die Interviews und das Manuskript zeichnet Dr. Meinhard Stark verantwortlich.

Ab Minute 0:39:00 hören Sie das Interview mit Rosel Blaszcyk und Helga Sperlich.

Variables Stelensystem

(stsg) Seit 2002 erläuterten zwölf metallene Tafeln und Kuben im Innen- und Außenbereich des früheren Justizareals am Münchner Platz die vormalige Nutzung der ausgewählten Stationen. Manche Texte waren durch Witterungseinflüsse nur noch schwer lesbar, zu anderen Stationen konnte das Team der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden in den vergangenen Jahren neue oder vertiefte Informationen gewinnen.

Zusammen mit dem Berliner Gestalterbüro gewerkdesign konnte ein variables

Stelensystem erarbeitet werden, welches – jeweils farblich gesondert markiert – historische, memoriale und biographische Informationen präsentiert. Die neuen Stelen richten sich sowohl an Besucherinnen und Besucher der Gedenkstätte als auch an Studierende und die Mitarbeiterschaft der Technischen Universität Dresden. Daher ist es besonders erfreulich, daß in Absprache mit der TU Dresden und dem Sächsischen Immobilien- und Baumanagement (SIB) sieben neue Stationen aufgenommen werden konnten. Einige erläutern im heutigen Hülse-Bau

Aspekte der früheren Nutzung des historischen Ortes als Untersuchungshaftanstalt. Ein besonderes Highlight ist dabei eine wiederentdeckte Zellentür, die im Gang des Nordflügels sichtbar gemacht werden soll.

Die neuen Informationsstelen sollen nicht nur die facettenreiche Historie des früheren Justizareals kenntlich machen. Einzelne Stelen – etwa im Eingangsbereich – weisen zusätzlich auch auf aktuelle Veranstaltungen der Gedenkstätte hin. Alle Informationen werden zweisprachig präsentiert. Eine weitere Projektetappe sieht vor, auf einer Medienebene audiovisuelle Quellen bereitzustellen.

Damit die Stimmen der Opfer nicht verhallen

(wcf) Im Frühjahr 2018 erschien die Dokumentation der bisher 22 Kongresse der „Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso)“ unter dem Titel „Damit die Stimmen der Opfer nicht verhallen“. Um diese Dokumenta-



Die Teilnehmer des Panels (v.l.) Toomas Hiio, Christoph Schaeffgen, Dr. Jan-Philipp Wölbern, Melanie Dore und Dr. Stefan Donth.


tion noch bekannter zu machen, hat Dr. Wolfgang-Christian Fuchs (Präsident der Inter-Asso) sie nunmehr am 11. Februar dieses Jahres in der Botschaft der Republik Estland einer interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Dokumentation ist von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanziert worden. Nach der Begrüßung durch den Botschafter von Estland wies die Geschäftsführerin der Bundesstiftung, Dr. Anna Kaminsky, in ihrem Grußwort darauf hin, daß diese Dokumentation nicht ohne das Engagement des früheren Präsidenten der Inter-Asso, Jure Knezović, entstanden wäre. Sie betonte auch, daß bei einem Vergleich der Beiträge der Opferverbände der Inter-Asso in dieser Dokumentation deutlich werde, daß sich die Sichtweisen der Betroffenen im Laufe der Zeit geändert hätten, in den letzten Jahren sei mehr Verbitterung festzustellen. Nach einer Erläuterung von Dr. Fuchs über die Entstehung der Dokumentation und über die Absicht, die mit ihr verfolgt wird, diskutierte ein Panel insbesondere über die Frage, was im Hinblick auf die Aufarbeitung in den betroffenen Staaten von Europa erreicht worden ist und wo noch Defizite bestehen.

Auch wegen des unterschiedlichen Erfahrungshintergrundes der Panel-Teilnehmer – Christoph Schaeffgen (Generalstaatsanwalt a.D.), Toomas Hiio (Platform of European Memory and Conscience), Dr. Stefan Donth (Leiter Forschung, Gedenkstätte Hohenschönhausen), Melanie

Dore (Ausstellungskordinatorin) und Moderator Dr. Jan-Philipp Wölbern (Konrad-Adenauer-Stiftung) – fielen die Antworten unterschiedlich aus. So wurde deutlich, daß die Aufarbeitung bisher in manchen betroffenen Ländern anders, manchmal weniger erfolgreich, manchmal aber auch besser als in Deutschland verlaufen ist.

Ein besonderer Akzent wurde mit dem Stichwort „rituelle Anerkennung“ ge-

setzt. Vielen, die unter dem Kommunismus gelitten haben, gehe es gar nicht primär um finanzielle Entschädigung sondern um eine öffentliche, „rituelle“ Anerkennung von staatlicher Seite, daß sie in vorbildlicher Weise Widerstand geleistet und dafür in besonderer Weise gelitten hätten. Eine solche Anerkennung sei von staatlicher Seite leicht zu machen, und finanziell auch nicht aufwendig. 


Tag der Archive

(abl) Am 7. März 2020 fand unter dem Motto „Kommunikation. Von der Depeche bis zum Tweet“ der zehnte „Tag der Archive“ auch im Archiv Bürgerbewegung Leipzig statt.

Zahlreiche Besucher nutzten das Angebot, an einer der Führungen durch das Magazin und durch die Wanderausstellung „Rotstift. Medienmacht, Zensur und Öffentlichkeit in der DDR“ teilzunehmen. In dieser werden die Mechanismen zur Unterdrückung der Presse- und Meinungsfreiheit in der SBZ bzw. der DDR dargestellt und der Bogen dabei von der Nachkriegszeit in der SBZ bis zum Medienfrühling 1990 gespannt. Die

Besucher brachten großes Interesse und eigene Erfahrungen zu diesem Thema mit.


Außerdem ergriffen sie die Möglichkeit, sich Fotos, Samisdat und Dokumente aus dem Bestand des Archivs zur Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung in der ehemaligen DDR anzusehen und mit den Mitarbeitern über die verschiedenen Bestände des Archivs Bürgerbewegung Leipzig ins Gespräch zu kommen.

Der bundesweite „Tag der Archive“ findet seit 2004 auf Initiative des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. alle zwei Jahre statt. 

Gutbetuchte Nachbarschaft

(st) Das geheime Nachrichten-Hauptquartier des MfS in Berlin-Lichtenberg wird zu Luxuswohnungen umgebaut, berichtete Ulrich Paul im Berliner Kurier vom 8.2.2020. Das Gebäude liegt etwas abseits vom eigentlichen Areal der ehemaligen Stasizentrale, es wurde als Haus 43 bezeichnet. Von dort aus gingen geheime Nachrichten ins Land und nach Moskau, für damalige Verhältnisse war es abhörsicher. Ende 2021 sollen die neuen

Wohnungen fertig sein. 50 Prozent seien bereits verkauft, sagte Andreas Ebel von der Berliner Wohnbau Consult.

Die zur Zeit günstigste Wohnung ist 120 Quadratmeter groß und kostet ca. eine halbe Million Euro. Die teuerste Wohnung im Dachgeschoß hat 214 Quadratmeter und soll 1,5 bis 1,8 Millionen Euro kosten. Bisher hätten hauptsächlich Leute aus der Nachbarschaft gekauft, so Ebel. 

Verdienstorden

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat auf Vorschlag des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer dem Vorsitzenden des Bautzen-Komitees und des Vereins „Kindheit hinter Stacheldraht“ Alexander Latotzky, am 18. Dezember 2019 für seine Verdienste

den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die offizielle Übergabe in der Staatskanzlei Dresden ist wegen der Coronakrise auf den 19. Juni verschoben worden.

Nele Garcia

Tost-Fahrt verschoben

Jetzt hat's uns alle doch noch erwischt, ärgerlich... Aber aufgeschoben – ist nicht aufgehoben!

Unsere Freunde in Tost – Dorothea und Michael Matheja vom Deutschen Freundeschaftskreis – haben gemeinsam mit Bürgermeister Kupczyk und in Anbetracht dessen, daß man uns momentan wohl eh nicht ins Land lassen wird, einen neuen Termin für die „75-Jahre-Kriegsende-Feier“ angeboten:

25. bis 27. September 2020

Den Bus von/bis Dresden sowie die Hotelzimmer in Kattowitz, das Zimmerkontingent im IBIS-Hotel in Dresden, die Mittagessen in Tost etc. habe ich bereits umbestellt, der Besuch in Auschwitz-Birkenau ist ebenfalls umgemeldet. Erfreulicherweise ist von den angemeldeten Teilnehmern niemand abgesprungen. Ich hoffe, daß wir uns im September in aller Frische treffen werden.

Einige wenige Plätze sind noch frei im Bus für Nach-Anmelder.

Passen Sie auf sich auf, und bleiben Sie schön gesund wünscht einstweilen

Sybille Krägel, NKWD-Lager

Tost/Oberschlesien, Krefelder Weg 14, 22419 Hamburg, Tel. (040) 53 32 05 99, E-Mail kraegel@uokg.de

Ketschendorf

Liebe Mitglieder, Freunde, Weggefährten und Weggefährtinnen,

in diesen ersten Zeiten sagen auch wir Veranstaltungen ab:

- die für den 15.-16. Mai geplante Gedenkveranstaltung und
- die für den 16. Mai vorgesehene Mitgliederversammlung finden nicht statt.

Wir werden Sie rechtzeitig informieren, wann wieder eine Mitgliederversammlung durchgeführt werden kann.

Wir denken in herzlicher Verbundenheit und mit guten Wünschen an Sie.

Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf Speziallager Nr. 5 e.V., Frankfurter Str. 4, 15517 Fürstenwalde

Im Namen des Vorstands
E.Fichtmüller, Vorsitzender

Sie erreichen uns per Post und E-Mail efichtmueller@web.de

Spendenaufruf

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Förderer der Arbeit der UOKG,

auch in dieser Ausgabe möchte ich Sie wieder um eine Spende für unsere Arbeit bitten. Insbesondere möchte ich Sie bitten, so es Ihnen möglich ist, uns durch eine Spende bei der Vermittlung von Bildungsangeboten und Ausstellungen zu unterstützen.

Wenn wir mit unserer Ausstellung „Mauern. Gitter. Stacheldraht“ auf Reisen gehen, müssen wir einen Eigenanteil in Rechnung stellen, der nicht von allen Interessierten aufgebracht werden kann. Auch sind trotz der Förderung, die wir von der Bundesregierung erhalten,

unsere Ausstellungseinsätze auf Grund der Kosten gedeckelt. Durch eine Spende helfen Sie mit, daß wir noch mehr Menschen über das Unrecht in der kommunistischen Diktatur informieren können.

Ich danke Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Dombrowski

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Theo Mittrup, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin. Bitte eigene Adresse angeben!)

Bestätigung

über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 4.3.2019 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts _____ BIC _____

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
U O K G e. V.

IBAN
DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
DEUTDE33HAN

Betrag: Euro, Cent _____

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers
S p e n d e

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN _____ **08**

Datum _____ **Unterschrift(en)** _____

Art.-Nr.: 423 100

Schreibmaschine: normale Schreibweise | Handschrift: Blockschrift in GROßBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Suchanzeige

Kinderheim Werftpfuhl

Interviewprojekt gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur


Für ein Interviewprojekt zum Kinderheim Werftpfuhl suche ich Menschen, die zwischen 1947 und 1987 in Werftpfuhl oder den später angegliederten Heimen Groß Körös, Bollersdorf und/oder Borgsdorf untergebracht waren. Ich führe lebensgeschichtliche Videointerviews – in der Regel bei den Menschen in ihrem Zuhause. Diese Interviews werden im Original, völlig un bearbeitet, in das Archiv der Bundesstiftung

eingelagert werden, um sie als historische Quelle im Sinne von oral history u.a. zu forschungsrelevanten Fragestellungen nutzen zu können. Das Projekt wird von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert und läuft bis Mitte 2021.

Für dieses Projekt suche ich sowohl Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, die zu einem lebensgeschichtlichen Videointerview be-

reit wären, als auch solche, die zwar kein solches Interview geben möchten, mir aber – ohne Aufzeichnung – von ihren Erfahrungen erzählen würden und mich eventuell ihre bisher gefundenen Heimakten einsehen ließen oder mir gar zur Verfügung stellen würden. Für jede Art der weiterhelfenden Information bin ich dankbar.

Sie erreichen mich unter E-Mail pohlmeier@alexandra-pohlmeier.de oder unter (0 1578) 488 29 69.

Seit über 15 Jahren führe ich, Alexandra Pohlmeier, Filmemacherin seit 1986, lebensgeschichtliche Interviews mit Menschen, die in der DDR Repressionen ausgesetzt waren. 

Abschied

Wolfgang Schuller

Der Professor mit der klaren tiefen Stimme war ein großer Freund der Lagersgemeinschaft Workuta: Zusammen mit Horst Hennig hat er Ende Juli 1995 die Stätte der Kälte und des Grauens, die Reste des Lagers Workuta besichtigt. Auf der Hinfahrt hatten die beiden Freunde die Lubjanka in Moskau besucht, mit dem Arbeitszimmer von Stalins Ankläger, Andrej Wyschinski, und das KGB-Museum. Die Gruppe unter Leitung von General Günter Kießling (1925-2009) bestand aus 25 Personen, darunter ehemalige politische Häftlinge und Journalisten.

Für Schuller, den gelehrten Juristen, Historiker und Gegenwartsautor bleiben die Eindrücke lebenslang haften. Als überzeugtem Demokraten und deutschem Patrioten sind ihm alle Diktaturen suspekt.

Der Zufall wollte es: Der Tag der Deutschen Einheit ist zugleich sein Geburtstag. Als er am 3. Oktober 2000 seinen 65. Geburtstag feierte, stand ihm der 10. Jahrestag der deutschen Einheit mindestens ebenso nahe. Im größten Saal von Gaienhofen am Bodensee feierten 1000 Menschen diesen Tag und Wolfgang Schuller hielt die Festansprache. Der Tag endete mit dem inbrünstigen Gesang der Nationalhymne. Viele Menschen hatten Tränen in den Augen, so auch Wolfgang Schuller, der noch viele seiner Bücher

signierte und die ihm gewidmete Festschrift hochhielt.

In Vorträgen und Publikationen beschäftigte sich Schuller mit den Menschen, die in Workuta umgekommen sind, aber auch mit den Lebenden. Wichtig war ihm die Entlarvung der Strukturen des sowjet-russischen Systems, eines Lagersystems von ungeheurem Ausmaß, wo die Menschenwürde nicht zählte. Ebenso kritisch sah er, wie sich dieses System auf die von der Roten Armee befreiten und eroberten Gebiete im Osten Europas ausdehnte.

Bereits in seiner juristischen Doktorarbeit zum „Politischen Strafrecht in der DDR 1945-1963“ setzte er sich mit dem Unrechtsstaat auseinander. Auch künftig sollte das auf gesicherter Quellenbasis einer der Schwerpunkte seiner Forschungen sein. 1971 habilitierte er sich für Alte Geschichte mit der besonderen Neigung zur griechischen Antike.

Am 4. April starb Wolfgang Schuller im Alter von 84 Jahren in Konstanz, wo er 28 Jahre den Lehrstuhl für Alte Geschichte innehatte.

Ob sein letztes Werk „Zwischen Jerusalem und Rom“ im Herbst bei Herder erscheinen wird, ist ungewiß.

Mit Wolfgang Schuller haben wir einen großen Freund verloren, der durch seine Einzigartigkeit als Mensch und großartige Verschiedenheit in seinem Werk hervortrat. Er wird uns fehlen.

Gerald Wiemers

Archivare als Geheimpolizisten

Die Struktur des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, die bestgehaßte Institution des Landes, wird von dem Autor Rainer Eckert in Teilen nachvollzogen. Ihm gelingt es für eine Berufsgruppe – den Archivaren in Spitzenpositionen – einen großen Anteil an Geheimpolizisten nachzuweisen.

Akribisch, durch zahlreiche Fußnoten belegt, nähert er sich den Spitzelaufgaben dieser Gruppe, indem er zuerst zwei herausragende Opfer beschreibt: den Direktor des Zentralen Staatsarchivs der DDR in Potsdam, Helmut Lötzke und dessen langjährigen Stellvertreter Gerhart Enders (1924-1972). Beide werden durch mehrere Stasispitzel dienstlich wie privat überwacht. Bei Lötzke wird der Geheimdienst noch nach seinem Tod am 23. Dezember 1984 tätig. Enders stirbt nach langer Krankheit und Invalidität im Alter von 47 Jahren. Er hatte sich mit seiner ganzen Kraft der Archiwissenschaft verschrieben, das Provenienzprinzip als allein gültig propagiert und insgeheim dem russischen Fondsgedanken den Kampf angesagt. Dafür wurde ihm in Spitzelberichten „Geschwätzigkeit“ nachgesagt.

Für den Leiter der Archivverwaltung Karl Schirdewan, der sachlich und personell ein „sozialistisches Archivwesen“ einrichten wollte, waren das keine guten

Vorzeichen, obgleich er persönlich als ZK-Mitglied der SED Opfer der Stasi geworden war.

Die Spitzel selbst waren weder durch ihre Mitarbeit bei der Stasi noch durch die SED-Mitgliedschaft vor einer Bespitzelung gefeit. Die doppelte Überwachung war eine der Besonderheiten der Geheimpolizei der SED.

Soweit wie möglich kann Eckert die Klarnamen der Spitzel aufdecken. Die von ihm zitierten Stasi-Berichte sind einerseits primitiv, oberflächlich und andererseits perfide, gehässig oder beides. Eckert ist Insider dieses Archivwesens und zugleich Opfer des Geheimdienstes. So fließen durchaus eigene Erfahrungen ein. Sie erhöhen den Wert der Darstellung. Die inoffiziellen Mitarbeiter „Sachse“ und „Friedrich“ werden als herausragend im ersten Teil des Buches behandelt.

Im zweiten Teil stellt Eckert drei weibliche und drei männliche Spitzel einzeln vor. Die Biographien zeigen den unterschiedlichen Werdegang: gescheiterte Lebenspläne oder reine Geltungssucht, selten unverbrüchliche Treue zum SED-Staat.

Das kleine, höchst informative Büchlein zeigt beispielhaft an einer Berufsgruppe, wie notwendig es ist, die Strukturen des



Rainer Eckert: *Archivare als Geheimpolizisten. Das Zentrale Staatsarchiv der DDR in Potsdam und das Ministerium für Staatssicherheit, Leipziger Universitätsverlag 2019, 177 S., 22,- €*

DDR-Spitzelapparates weiter offenzulegen. Es ist ein Baustein, wie sich die DDR-Führung den Sozialismus vorstellte. Der Geheimdienst war ein unverzichtbarer Bestandteil beim Erhalt dieser Gesellschaftsordnung.

Gerald Wiemers

Protest und Sprache in der DDR



Aleksandra Majzlic: *Mut zum Protest. Erfahrungen von DDR-Zeitzeugen, zu Klampen Verlag, Springe 2019, 166 S., 16,- €*

Unter den vielen Büchern, die im Zusammenhang mit der Einheit Deutschlands erschienen sind, erscheinen zwei Veröffentlichungen als besonders für junge Leute geeignet. „Mut zum Protest. Erfahrungen von DDR-Zeitzeugen“ von Aleksandra Majzlic (zu Klampen Verlag) und „Notabene DDR“ von Horst Dieter Schlosser (Weißensee-Verlag) haben gemeinsam, daß wichtige Begriffe aus der deutschen Teilungsgeschichte in lexikalischer Form aufbereitet und vorgestellt werden. Inhaltlich ergänzen sich die beiden Bücher im Hinblick auf diese Zusammenstellung von Definitionen. Zusätzlich enthält „Mut zum Protest“ eine Zeittafel zur deutschen Teilung. Der Leser hat somit die Möglichkeit, die im Hauptteil beschriebenen Geschehnisse zeitgeschichtlich einzuordnen.

Dieser Hauptteil enthält Schilderungen von Zeitzeugen, die das Leben in der DDR anschaulich machen. Im Vorwort be-

schreibt die z.B. von der TV-Serie „Weißensee“ her bekannte Künstlerin Katrin Sass, daß sie ihre Rolle als regimekritische Sängerin, sozusagen als „weiblicher Biermann“, im wirklichen Leben gern gespielt hätte. Und dennoch war sie in der Realität ein mutiger Mensch. Bei der letzten Zettelfaltaktion, Wahl genannt, rief sie: „Macht doch diesen Scheißbladen zu und das ganze Land auch!“ Ein beeindruckender Text, den sie geschrieben hat. Die Beispiele des Buches erinnern an das Wort des russischen Historikers Andrej Amalrik: „Die Andersdenkenden vollbrachten eine Tat von genialer Einfachheit. In einem unfreien Land begannen sie, sich wie freie Menschen zu benehmen.“

Aleksandra Majzlic formuliert es so: „Mutige Menschen bewiesen Menschlichkeit in einem menschenverachtenden System“. Katrin Behr erlebte selbst die



Zwangsadoption als Tochter einer staatskritischen Alleinerziehenden, heute hilft sie Menschen, die ein ähnliches Schicksal haben. Corinna Thalheim erlebte sexuelle Gewalt im Jugendwerkhof. Sie sagt: „Wir bestrafen die Täter, indem wir das Schweigen brechen“. Monika Lembke kämpfte um eine Genehmigung zur Ausreise. Ihr Sohn wurde in der Schule deswegen schikaniert, der Teenager beging daraufhin Selbstmord. Neben Bärbel Bohley („Mut wächst meist, ohne daß man es bemerkt“), die erst mutige Widerständlerin war und sich dann für die Aufarbeitung der Diktatur einsetzte, wird Melanie Weber ins Bild gesetzt („Ich war das, was man eine Überzeugungstäterin nennt“). Sie gehörte zu einem Kreis von Menschen, die „Giftschrank-Literatur“ austauschten. Als Invalidenrentnerin brachte sie Daten von Häftlingen in den Westen, damit diese im Rahmen des Freikaufs bekannt wurden. Neben diesen und weiteren bemerkenswerten Frauen werden auch die Geschichten von Männern beschrieben, neben anderen Kai Feller (politischer Widerstand von Schülern) und Günter Wetzel (Flucht in einem Ballon). Jede Geschichte ein Stück DDR, jede Geschichte ein Stück deutsche Teilungsgeschichte, jede Geschichte spannend.

Kommen wir zum Buch „Notabene DDR“, ausschließlich ein Lexikon. Es gibt einen guten Überblick über wichtige Begriffe, die man zum Verständnis des Lebens in der DDR kennen sollte. Dieselben Wörter konnten zwischen Ost und West und zwischen den SED-Ideologen und den Bewohnern der DDR allgemein durchaus unterschiedliche Begriffe kennzeichnen. Ein Beispiel dafür ist der Begriff „Demokratie“. Die SED unterschied „bürgerliche Demokratie“ und „sozialistische Demokratie“, und zwar als zwei gegensätzliche Gesellschaftsformen. Natürlich kam in der DDR kein normaler Mensch auf die Idee, den Oberbegriff derart zu differenzieren.

Einige Begriffe des Lexikons sollen in alphabetischer Reihenfolge herausgehoben werden.

Arbeiterklasse: Daß Stasi-Offiziere und SED-Professoren zur „Arbeiterklasse“ zählten, versteht sich von selbst. Aber gehörten für die SED die Bauarbeiter dazu? Eine interessante Frage. Dieser Begriff zeigt in besonderem Maße den Versuch der SED, eine eigene politische Sprache zu etablieren. **Klaus-Renft-Combo:** Im September 1975 wurde die Band faktisch verboten, indem sie als „nicht mehr existent“ erklärt wurde. Was nicht existiert, muß nicht förmlich verboten werden. Solche Logik findet sich in vielen Bereichen, nicht zuletzt im Strafgesetzbuch bei § 106 („staatsfeindliche Hetze“). **Schwangerschaftsabbruch:** In der DDR wurde



.....
 Horst Dieter Schlosser: Notabene DDR. Ein historisch-kritisches Lexikon, Weißensee Verlag, Berlin 2019, 350 S., 19,90 €

im Jahre 1972 ein Gesetz veröffentlicht, „Unterbrechung der Schwangerschaft“ genannt. So, als wäre dies möglich – auch hier ist die SED-Logik vom Feinsten. **Unsere Menschen:** Obwohl nicht direkt beabsichtigt, brachte die Partei mit dem „Unsere“ immer wieder ihren Anspruch auf eine Art Leibeigenschaft zum Ausdruck. Konkretisiert wird dies im Fluchtparagraphen des Strafgesetzbuches. **Wörterbuch der Stasi:** Der Haß wird zur Tugend erklärt. Dies erinnert an militaristische Propaganda, die auf männliche

Schüler der neunten Klassen niederging: „Der Bundeswehrsoldat ist mein Feind, deshalb hasse ich ihn.“

Beim Buch „Notabene DDR“ sind einige Ergänzungen bzw. Anmerkungen zu machen, die im Falle einer Neuauflage berücksichtigt werden könnten.

Einzelvertrag: Für ausgewählte Vertreter der „Intelligenz“ gab es besondere Verträge, die etwa ihren Kindern den Besuch weiterführender Schulen bei entsprechenden leistungsmäßigen Voraussetzungen gewährleisteten. Vor dem Bau der Berliner Mauer 1961 wurden damit Spezialisten geködert, die nicht zur „führenden Klasse“ gehörten. Veröffentlicht ist solch ein Vertrag bisher vermutlich nicht, im Buch ist er aber nicht einmal erwähnt. Dazu betrachte man aber das Stichwort „Intelligenzrente“. **Frauengefängnis Hoheneck:** Dieses Gefängnis war nicht der Stasi unterstellt. Lediglich zwei Stasi-Offiziere stellten nach Vorgaben durch die Zentrale in Berlin die Häftlinge zusammen, die in den Freikauf gehen sollten. Ansonsten war in Hoheneck die Bezirks-MfS-Abteilung VII vertreten, wie in allen anderen Gefängnissen. Einen Sonderstatus im Hinblick auf das MfS hatte nur die Strafanstalt Bautzen II. **Überholen ohne Einzuholen:** Dies war keineswegs nur eine satirische Umkehrung einer offiziellen Ankündigung. Die SED meinte das in ihrer unvergleichlichen Logik ernst. **Vogelkäfig:** So wurde von Häftlingen der B-Flügel der Stasi-Haftanstalt Kaßberg bezeichnet, nicht die Berliner Kanzlei des Anwalts Vogel. Dort wurde ja auch niemand festgehalten.

Aber diese Anmerkungen schmälern nicht den Wert des Buches für die politische Bildungsarbeit.

Vornehmlich für Schüler und andere junge Leute scheinen beide Bücher in hohem Maße geeignet, sich ein Bild von der DDR und dem Leben in der DDR zu machen.

Bernd Lippmann

Leipzig – ein Studentenroman

Roman oder historische Darstellung? Beides scheint erreicht. Die indirekte, distanzierte Rede paßt eher zur Darstellung. Dagegen scheinen die direkten Aussagen – bei aller Glaubwürdigkeit – eher romanhaft niedergeschrieben. Ohne ein gehöriges

Bündel Zettel aus dieser Zeit wäre das Buch nicht möglich gewesen. Der Autor Hartmut Zwahr hat in früheren Schriften die Friedliche Revolution von 1989 exakt begleitet und ebenso überzeugend ein Tagebuch verfaßt; beide liegen vor diesem Buch.

Hier sind die Dinge anders: der Zeitraum reicht weiter zurück. Der Gegenstand ist nicht das vollständige Studentenleben an der Universität Leipzig mit den historischen Lehrinhalten, sondern vielmehr das lebendige Dasein der Studentinnen

und Studenten im „Stalinheim“ in der Fritz-Austel-Straße (heute nicht weit entfernt von den Connewitzer Krawallen) und in der Fachschaft Geschichte im Peterssteinweg. Es sind die Studentenjahre 1955–1960.

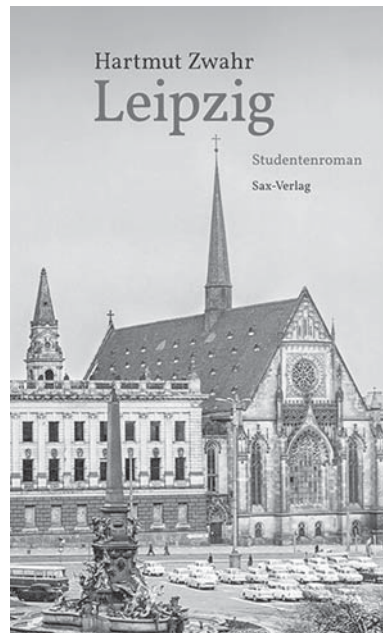
Zwar beschreibt die ideologischen Auseinandersetzungen, das Mißtrauen der „Parteiweiber“, die endlosen, vergeblichen Versammlungen, die Atmosphäre in der „Kalininmensa“, Liebschaften, die heimatliche Nähe zur Lausitz, die Liebe zur Mutter, den Abstand zum Vater, Rückblicke auf die NS-Zeit. Über allem schwebt ein Stück Unsicherheit. Der 17. Juni 1953 hat seine Spuren hinterlassen. Nach der ABF und Fachschule für Bibliothekare, die bis heute einen guten Ruf genießt, nimmt Hannes, der Ich-Erzähler, das Studium der Geschichte und Germanistik auf mit dem Fernziel, einmal Lehrer zu werden.

Das „rote“ Studium macht ihn zu Hause verdächtig. Die Mutter hätte lieber am Ende einen Mediziner gesehen. Während des Studiums geht der eine oder andere angehende Geschichtslehrer in die SED. Damit ist man abgehoben und auf der vermeintlich richtigen Seite. Für Hannes ist das keine Option. Der zweite Weg ist die Flucht in den Westen. Noch ist Berlin „offen“. Hätte man ihm zugesetzt wie manchen anderen, würde Hannes wohl diesen Weg gewählt haben. Er blieb, er war heimatverbunden, liebte seine Eltern und glaubte wohl an das Gerechte im Sozialismus.

Die vorlesungsfreie Zeit ist gekennzeichnet durch Ernteeinsätze und Hilfe für die Kumpel in der nahen Braunkohle. Vor allem die Arbeit mit den Bahnschwellen im nahen Braunkohlentagebau ist für die Studenten eine Zumutung. Immerhin lernen sie hier auch die Arbeiterklasse von ihrer realen Seite kennen.

Hannes nennt nur einen Teil seiner akademischen Lehrer. Heinrich Sproemberg und dessen Sohn, einen Mitstudenten, den unsäglichen Basil Spiru (eigentlich Josef Hutschnecker), Walter Markov, den damaligen Assistenten Karl Czok und die Leiterin des Universitätsarchivs, Renate Drucker. Die Literaturwissenschaftler Hans Mayer und August-Hermann Korff, den Altgermanisten Theodor Frings, bei dessen letzter Muse, Elisabeth Linke, Hannes althoch- und mittelhochdeutsche Übungen betrieb. „Die Linke ist die Rechte nicht“, skandierten einige Studenten.

Während des Studiums wird die vormilitärische Ausbildung zum festen Bestandteil. Professoren und Assistenten sind dabei. Die DDR braucht jeden zur „Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften“. Eine Lehrkraft tut sich besonders her-



Hartmut Zwahr: *Leipzig. Studentenroman*, Sax-Verlag, Markkleeberg 2019, 700 S., 19,80 €

vor. Der ehemalige Wehrmachtsoffizier Felix-Heinrich Gentzen. Dennoch werden hier, leise und heimlich, die internen Gespräche der Studenten recht offenherzig geführt, voller kritischer, ironischer Vorbehalte.

Im Heim leben sorbische Studenten unterschiedlicher Fachrichtungen. Gespräche bleiben nicht aus. Der Blick über den Tellerrand zur Kunstgeschichte, Physik und Medizin scheint die Distance zum eigenen Fach größer werden zu lassen. Auch Sportstudenten leben hier. Einer verunglückt tödlich. Die Trauerfeier mit einem Redner („Gottlosenvertreter“) hat Hannes tief erschüttert.

Überhaupt hat ihn das Verhältnis zum Christentum und Atheismus immer wieder eingeholt. Das eine schloß das andere aus. Inquisitorische Versammlungen führten zu Relegationen oder zur „Bewährung in der sozialistischen Produktion“. Einer, Lothar Hegend, geht in die Bundesrepublik und wird als Schriftsteller bekannt. Andere warten noch das Examen ab. Die Zukunft von Hannes bleibt offen.

Gerald Wiemers

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag haben

Fritz Schubert am 2. Mai, Reinhard Nedlitz am 4. Mai, Gisela Fritzsche am 6. Mai, Emil Kort am 10. Mai, Joachim Fischer am 12. Mai, Käthe Zemke am 14. Mai, Heinz Borkenhagen am 16. Mai, Bernd Gutermuth, Wolfgang Stieber, Leo Zwirschke am 22. Mai, Peter Schnurer am 26. Mai, Siegfried Jahnke, Günter Polster am 27. Mai, Man-



Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr
Freitag 8.00–14.00 Uhr

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34 bzw. (030) 55 15 28 58
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Do, 12–19 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

fred Dominka, Christa Matuszewsky am 28. Mai, Ursula Palmer am 30. Mai, Harald Kothe am 31. Mai

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerda Assig, Helmuth Astler, Klothilde Baier, Uwe Behne, Dr. Horst Böttge, Günter u. Christa Breschke, Gerhard Brieger, Volkmar Doberentz, Bernd Hartwig, Joachim Hauptmann, Grete Klemt, Otto Klingbiel, Norbert Langer, Karin Leberwurst, Ilsemarie Lorenz, Fritz Mathei, Klaus Muder, Rainer Opitz, Ulrich Operskalski, Bernd Peikert, Ruprecht von Poncet, Herbert Prenzel, Erhard Radestock, Burkhard Räuber, Uwe Reinhardt, Ulrich Reiser, Bernd Dieter Salamon, Marianne Luise Schmidt, Dietrich Schopen, Gerd Sommerlatte, Dr. Heinz Steudel, Hannelore van Calker, Georg Vernunft, Dr. Ulrike Weiland-Heidecker, Karl Wruck

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Zu wollen bedeutet,
daß es möglich ist.

Józef Piłsudski

BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34
ab 28.5. (030) 55 15 28 58
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15. April 2020

